

Ercheint täglich außer Montags. Abonnementpreis für Berlin: Vierteljährlich 2,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei im Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neues Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. No. a. Eingetr. in der Post-Regist. S. Preisliste für 1892 unter Nr. 4642.

# Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeitspalte oder deren Raum 50 Pf., für Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortl. Redakteur: Amt VI, Nr. 4108.

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 10. Februar 1892.

Expedition: Benth-Strasse 3.

### Am Falle Baare

Ist es also richtig gekommen, wie wir seinerzeit voraussetzten. Ganz wie bei den, durch 20 Jahre lang getriebenen Schienen-Flickereien und Betrügereien auf der Georgs-Marien-Hütte bei Osnaabrück, sind es auch jetzt in Bochum nur Arbeiter und Meister, gegen welche die Anklage erhoben ist, während die verantwortlichen Beamten, Ingenieure und vor Allem Herr Baare außerhalb der Schußlinie bleiben.

Wir wissen natürlich nicht was während der langen Monate, durch welche sich die Untersuchung nun schon hinschleppt, alles hinter den Kulissen gespielt hat; unwirklich aber wird man, wenn man die Liste der Bochumer Angeklagten durchgeht, an die Worte aus dem Berichte des Regierungsrathes Seydel vom 29. Juli 1887 an den Minister von Maybach erinnert. Dieser Bericht, welcher sich mit den Schwindeleien auf der Georgs-Marien-Hütte beschäftigt, erörterte auch die Frage der Verantwortlichkeit und heißt es dort u. a. „bei dem Umfange, in welchem das Schwindelgeschäft augenscheinlich betrieben worden ist, läßt sich in der That auch kaum etwas Anderes annehmen, als daß jene Beamte (es sind Direktoren und Leiter des Werkes gemeint) wirklich die Seele desselben gewesen sind.“ Trotz der Ueberzeugung des Herrn Regierungsrathes aber, daß die ersten Beamten des Werkes die eigentlichen Schuldigen seien, und daß die „an der Spitze des Stahlwerks stehenden Persönlichkeiten von den Betrügereien Kenntniß gehabt, dieselben ausdrücklich oder stillschweigend geduldet und sich somit zu Mitschuldigen gemacht haben“, so glaubte er doch für die „weitere Behandlung der Angelegenheit“ auf zwei Wege aufmerksam machen zu müssen. Der eine dieser Wege, welcher gegen gewöhnliche Menschenkinder, wenn sie sich eines Verbrechens gegen Eigenthum und Menschenleben schuldig gemacht haben, angewendet wird, nämlich die Sache dem Staatsanwalt zu übergeben, erschien dem Herrn Regierungsrath um der „unter Umständen schwerwiegendsten Folgen“ bedenklich. Derselbe verwies deshalb auf den anderen Weg, nämlich die Herren Direktoren des Werkes ins Vertrauen zu ziehen, denselben das ganze Beweismaterial zu unterbreiten und sie „nachdrücklichst zu veranlassen, nunmehr ihrerseits ohne Verzug gegen ihre hiernach belasteten Beamten und Arbeiter das Strafverfahren zu beantragen“.

In letzterem Sinne wurde auch vorgegangen. Einige Arbeiter und Meister wurden unter Anklage gestellt und verurtheilt, der Direktor Boos dagegen schwor, von den Schwindeleien nichts zu wissen. Von der Georgs-Marien-Hütte waren die „schweren Folgen“, welche dem Herrn Regierungsrath so viel Kopfweh machten, abgewendet. Die Georgs-Marien-Hütte bewahrte aber ihren Welt Ruf unbeschadet bis auf den heutigen Tag und ihr Direktor Haarmann, ein nationalliberales Kirchenlicht gleich Direktor Baare, ist ein ebenso unbefehlterter Ehrenmann wie dieser. Freilich ist ein ebenso unbefehlterter Ehrenmann wie dieser. Freilich ist ein ebenso unbefehlterter Ehrenmann wie dieser. Freilich ist ein ebenso unbefehlterter Ehrenmann wie dieser.

Fall war, scheint Herr Baare aus der Affäre doch nicht hervorzugehen. Ganz abgesehen davon, daß der letztere, als ganz gewöhnlicher Steuerpreller, schon in der ersten Verhandlung entlarvt wurde, so hat auch der Herr Staatsanwalt Schlüter dem Redakteur Fußangel mitgetheilt, daß Baare nur um deswillen nicht unter Anklage gestellt wurde, weil seine Mitwisserschaft an Fälschungen, deren er durch die Zeugnisaussagen überführt erscheint, sich nur auf solche Fälle beziehe, deren Verfolgung bereits verjährt sei. Danach muß also als feststehend angenommen werden, daß Baare zwar um die Schienenflickerei und Stempelfälschungen auf den Bochumer Werken gewußt hat, nur liegen diese Fälle schon zu weit zurück, um noch strafgehehlich geahndet werden zu können.

Wie weit diese Angaben des Herrn Baare unanfechtbar sind, möge dahin gestellt bleiben. Es mag sein, daß trotz der merkwürdig langen Untersuchungsdauer der juristische Beweis für die Mitwisserschaft des Herrn Baare aus den letzten Jahren sich nicht hat erbringen lassen. Näher liegt freilich, daß die „schwerwiegendsten Folgen“, welche dem „mit der ganzen Welt in Geschäftsverbindung“ stehenden Werke sicher in Aussicht standen, wenn die Angelegenheit bis aufs „Neußerste“ verfolgt worden wäre, dazu mitgewirkt haben, daß die Beziehungen des Herrn Baare zu den Fälschungen der letzten Jahre nicht in der Weise haben aufgeklärt werden können, wie dies in Bezug auf die älteren Fälle geschehen zu sein scheint.

Sei dem aber, wie ihm wolle, für Herrn Baare ist damit die Angelegenheit noch lange nicht erledigt. Nicht etwa, daß wir annehmen, dieser nationalliberale Gentleman würde sich aus der moralischen Verurtheilung, deren er seitens aller anständigen Menschen sicher ist, irgend etwas machen. So ein auf der Jagd nach Gewinn abgebrühter und mit allen Hundstücken gehetzter Gefelle scheert sich den Teufel um das Urtheil der anständigen Leute. Er weiß, daß in der Gesellschaft, wo er verkehrt, es nur auf Reichthum und Besitz, nicht aber auf moralischen und sittlichen Werth ankommt.

Moralisch und sittlich hochachtbare Charaktere trifft man auch in der Hütte des Landmannes wie in der Dachstube des Fabrikarbeiters, diese Baare ist nicht selten und hat vor allem keinen Kurzwert. Ueber Millionen aber, wie sie Herr Baare, mit Hilfe von Steuerhinterziehung, Stempelfälschen und Schienenflicken aufgehäuft hat, verfügt nicht Jeder; wer sie aber hat, der mag er auf welchem Wege immer sie erworben haben, er bleibt, um mit dem Preßorgn der Baare und Konsorten zu reden: „ein Ehrenmann in des Wortes bester Bedeutung.“

Venor aber Herr Baare wieder in alle Würden und Ehrenämter, mit denen er so reich gesegnet ist, eintritt, wird noch eine kleine Angelegenheit zu ordnen sein. Gelegenheit des aus den großen Steuerhinterziehungen herührenden Prozesses, welcher vom 1. bis 19. Juni vorigen Jahres in Essen geführt wurde, sah nämlich der Steuerpreller Baare — wie dies vielleicht in anderen „wildem“

Ländern der Fall gewesen wäre — nicht auf der Anklagebank, sondern er fungirte als Zeuge gegen den Angeklagten Fußangel, welcher so unvorsichtig gewesen war und über die Geheimnisse der Bochumer Steuereinschätzung den Schleier gelüftet hatte.

In dieser Eigenschaft als Zeuge hat nun Herr Baare, als der Rechtsanwalt Kohn am 5. Juni die Stempelfälschungen zur Sprache brachte, unter seinem Eid und wiederholt erklärt, daß ihm, Baare, von einem solchen Vorgange nichts bekannt sei.

Sämmtliche Berichte über den Prozeß, welche jene Szene schildern, wo — nachdem Herr Baare den Vorwurf der Profitwuth weit von sich gewiesen und sein und seiner Söhne selbstlose Hingabe für die Interessen des Bochumer Vereins hervorgehoben hatte — der Rechtsanwalt Kohn sich erhob und die Schienenfälschung unter Beweis stellte, stimmen darin überein, daß Baare jede Mitwisserschaft leugnete.

Rechtsanwalt Kohn hatte erklärt: „Ich stelle hiermit unter Beweis, daß auf dem Bochumer Verein seit 18 Jahren Stempelfälschungen allerart, zu Gunsten des Bochumer Vereins und zu Ungunsten in- und ausländischer Eisenbahn-Verwaltungen betrieben worden und zwar in der Weise, daß systematisch die Staatsstempel des Rheinlozes nachgemacht und nach der Schienenabnahme die untauglich befundenen Schienen des Bochumer Vereins mit den inzwischen angefertigten falschen Stempeln gestempelt wurden. Und dies ist, wie ich behaupte, mit Wissen Baare's geschehen.“

Auf diese in wie außerhalb des Gerichtshofes ungeheures Aufsehen erregende Anklage, erklärte Baare, nachdem er vorher noch durch den Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht worden war, daß, wenn er sich bewußt sei, sich einer strafbaren Handlung zu bekennen, er die Antwort verweigern könne: „Selbstverständlich ist so etwas niemals vorgekommen; daß einmal gefälschte Schienen bei einer Lieferung mit unterlaufen, kommt bei jedem Werke vor. . . . Jedenfalls ist mir von einem derartigen Vorgange nichts bekannt.“ — Im Verlaufe desselben Verhörs wiederholte Baare seine Ablehnung, indem er erklärte: „Ich wiederhole, daß mir von alledem, was der Herr Verteidiger vorgebracht, nicht das Mindeste bekannt ist.“ Diese Aussagen Baare's finden sich, mit unwesentlichen Abweichungen, in allen Berichten über den Prozeß. Wir haben nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, also dem Organe des Herrn Baare, das den von ihm repräsentirten Kapitalinteressen mit Haut und Haar ergeben ist, zitiert.

Es steht also fest, daß Baare unter Eid jede Mitwisserschaft an den Stempelfälschungen etc. abgelehnt hat. Wo vertritt sich aber diese eidliche Aussage mit der Mittheilung des Staatsanwaltes Schlüter, wonach Baare der Mitwisserschaft durch die Zeugnisaussagen überführt erscheint, die Fälle aber verjährt seien? — Der Zeuge Baare hat keinen Vorbehalt bezüglich neuer-

### Feuilleton.

Ausdruck verboten.)

34

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Bänden von A. Otto Walster.

„Ich empfinde die innigste Theilnahme für Ihr Geschick und kann mich lebhaft in Ihre Gefühlswelt einleben. Doch auch diese Entbehrung hat vielleicht des Heilsamen genug in sich: Sie werden sich Beide durch diese erzwungene Trennung theurer und Ihr Glück wird inniger und tiefer werden. Glauben Sie mir das nur.“

„Und wenn sie nun für mich verloren, ganz und gar verloren gegangen ist durch diesen Schicksalsschlag?“

„Sie meinen wohl, wenn sie Ihnen in der Zwischenzeit untreu geworden ist? O ich glaube, in solchem Falle haben Sie auch nicht allzu viel an ihr verloren.“

„Wie Sie nur so sprechen können, Herr Doktor, da Sie doch selbst, wie Sie sagen, mit Amors Fesseln belastet sind? Nicht alle Mädchen haben ein so nachhaltiges Gefühlleben, daß sie eine flüchtige Liebe treu und fest bei allen Proben und Versuchungen bewahren. Nicht alle Männer sind auch im Stande, durch ihre Persönlichkeit, durch die reiche geistige Welt, welche ihnen innewohnt, einen tiefen, nachhaltigen Eindruck auf ein weibliches Wesen hervorzubringen. Das Mädchen, welches ich liebte, war noch sehr jung und hatte einen leichtbeweglichen Sinn; sie liebte mich, wie ein junges Mädchen einen Mann liebt,

für den es zum ersten Male ein lebhafteres Interesse empfindet, zumal wenn es sich selbst zum ersten Male geliebt sieht. Unser Verhältnis würde sicherlich mit der Zeit an Innigkeit zugenommen haben, sie würde vielleicht mit der Zeit das treueste und anhänglichste Weib geworden sein, ihr Wesen würde mich glücklich gemacht haben, denn es pflegte mich ausnehmend wohlthunend zu berühren, weil bei ihr Menschenerziehung fast gar nichts an einem liebevollen Naturell verdorben; kurz ich habe in ihr etwas verloren, was ich wahrscheinlich niemals wieder finden werde und doch im Leben zu einem erträumten Glücke nicht entbehren kann.“

„Gründen Sie denn Ihre Besorgnisse wegen ihres vermeintlichen Verlustes auf bestimmte Thatsachen oder nur auf Vermuthungen?“

„Auf Vermuthungen, natürlich, oder vielmehr auf eine große Wahrscheinlichkeit, da ich in den vier Monaten nichts von ihr gehört habe und sie auch seit ebenso langer Zeit kein Lebenszeichen von mir erhalten hat, nicht einmal weiß, ob ich in Sibirien oder Kalifornien herumstreife.“

„Wie? Herr Frank, Sie haben Ihrer Geliebten nicht einmal Kunde von Ihrem Verbleib gegeben?“

„Nein, das habe ich nicht gethan, denn belügen wollte ich sie nicht, und ihr die Wahrheit sagen mochte ich auch nicht. Unsere Bekanntschaft war doch eine noch zu flüchtige, und sie ist jedenfalls zu unerfahren in solchen Sachen. Ich sagte mir: hier mußt Du abschneiden und Alles dem Schicksale anheimgeben. Ich glaubte auch damals sie viel leichter vergessen zu können, als es mir jetzt scheinen will. Vielleicht habe ich eine recht große Geselei begangen, aber sie ist nun einmal geschehen. Im Uebrigen

haben Sie Recht, es ist jetzt ganz unnöthig, sich darüber Gedanken zu machen. Also fort mit den Grübeln!“

„Ich bin, was Letzteres anbelangt, vollständig mit Ihnen einverstanden, wenn ich auch das von Ihnen in dieser Sache eingeschlagene Verfahren nicht billigen kann. Wer sagt Ihnen denn, daß sollte doch in diesem Fall die erste Frage sein, ob nicht doch noch dieses Herz für Sie schlägt, und für diesen Fall müssen Sie noch zu retten suchen, was zu retten ist.“

„Es ist wahr, Sie haben Recht; es muß noch etwas geschehen und es soll auch so gleich geschehen. Ich werde an das Mädchen schreiben. Ach, Herr Doktor, ich komme mir recht komisch vor, aber ich bin verliebt wie ein Rothlehlchen. Noch diesen Augenblick werde ich schreiben.“

„Ich lasse Sie zu diesem Zwecke allein“, erklärte Bangs und erhob sich.

Gerade zu dieser Zeit öffnete sich die Thür, die alte Magd steckte den Kopf ins Zimmer und meldete:

„Herr Doktor, es ist eine Dame draußen, welche Sie zu sprechen wünscht.“

„Eine Dame, Auguste? wer könnte denn das sein? Ist sie alt oder jung?“

„Sie ist jung und sehr schön; ich habe so eine schöne Dame in meinem Leben noch nicht gesehen. Und wie prächtig sie sich trägt!“

„Es ist Helene“, rief der Schriftsteller verlegen. „Mein Gott, welches Zusammentreffen! . . . Sie hat es doch erfahren . . . ich hätte ihr etwas sollen sagen lassen. Und jetzt bin ich nicht einmal in Toilette! Lieber Herr Frank, ich muß die Dame im Konversationszimmer sprechen, damit die neugierigen Leute des Wachtmeisters nichts erhörten können. Bitten Sie doch die Herren in meinem

und alter Fälle gemacht, er hat auf seinen Eid hin ausgesagt, daß „so etwas niemals vorgekommen“ und daß ihm nicht „das Mindeste“ bekannt sei.

Das sind Aussagen so positiv, daß ein Zweifel und Drehen daran nicht möglich ist.

Den Zeugnissen aber hat Herr Baare erst Anfang Juni vorigen Jahres geschworen, von einer Verjährung könnte also in diesem Falle nicht die Rede sein. Wie verhält sich aber die unter diesem Eide gemachte Aussage Baare's mit den neuerlichen Angaben des Herrn Staatsanwalts? Auf die Lösung dieser Frage darf man wirklich gespannt sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. Februar.

**Brutalität in der deutschen Armee**, also betitelt das vornehmste der englischen Wochenblätter, die konservativen „Saturday Review“, einen Leitartikel über die Soldatenmißhandlungen in der deutschen Armee. Die Einzelheiten (der in dem Erlaß des Prinzen Georg erzählten Thatsachen) sind in verschiedenen Fällen geradezu Abscheu erregend, in allen skandalös. Es sind Akte empörender Brutalität. Und man kann auch nicht geltend machen, daß diese Barbareien (barbarities) Usuahmen seien. — Und wir können es wohl verstehen, daß es den Deutschen bei dem Gedanken schaudert, daß ihre Söhne eines Tages solchen Greueln ausgeführt werden. — Ob es Aug von dem Prinzen Georg war, wenn auch in einem vertraulichen Briefe, zu sagen, daß solche Geschichten die Sozialdemokratie stärken müssen, das kann fraglich erscheinen (wo think a question). Es wäre vielleicht besser gewesen, er hätte seinen Obersten die Schlussfolgerung überlassen. Aber daß er eine Thatsache sagte, unterliegt keinem Zweifel.

Die „Saturday Review“ fährt dann aus, daß diese Schindereien das notwendige Resultat des in Deutschland herrschenden Militärsystems seien, welches in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Drill in die Leute bringen will, und zu hohe Anforderungen stelle, denen die Unteroffiziere nur durch rücksichtsloses Drücken auf ihre Untergebenen entsprechen könnten. Die Unteroffiziere würden für die Leistungen der Truppen verantwortlich gemacht und da müßten sie sich eben helfen, so gut sie könnten. Die „Saturday Review“ meint, den deutschen Soldaten würde zu viel zugemuthet. Jedenfalls hat das englische Wochenblatt darin recht, daß diese Soldatenschindereien ein Ausfluß des herrschenden Systems sind.

**Im Bereiche der preussischen Staats-Eisenbahnverwaltung** sollen jetzt Arbeiterausschüsse gebildet werden. Wahlberechtigt sind alle mindestens 21 Jahre alten Arbeiter, welche seit mindestens 3 Jahren im Dienste der Staats-Eisenbahnverwaltung beschäftigt sind; wählbar sind solche Arbeiter, welche mindestens 30 Jahre alt und seit mindestens 5 Jahren im Dienste der Staats-Eisenbahnverwaltung, sowie mindestens 1 Jahr in derselben Anstalt beschäftigt sind. Die Wahl erfolgt auf 3 Jahre. Der § 8 der Bestimmungen über diese Arbeiterausschüsse enthält die Befugnisse derselben und lautet:

Die Arbeiterausschüsse haben die Aufgabe, 1. Anträge, Wünsche und etwaige Beschwerden, welche von ihren Mitgliedern vorgebracht werden und die Arbeiter der betreffenden Anstalt oder einzelne Gruppen im Ganzen betreffen, bei dem Vorstände der Anstalt vorzubringen und in Zusammenkünften mit diesem über dieselben sich gutachtlich zu äußern; 2. über sonstige das Arbeitsverhältnis betreffende Fragen, insbesondere über die zu erlassende Arbeitsordnung, über Einrichtungen zur Verhütung von Unfällen und solche Einrichtungen, welche zum Wohl der Arbeiter und ihrer Angehörigen getroffen sind oder künftig getroffen werden sollen, auf Anforderung ihr Gutachten abzugeben; 3. soweit sie von beiden Theilen angerufen werden, Streitigkeiten der Arbeiter unter einander zu schlichten. — In den zu 1 und 2 erwähnten Fällen können von dem Vorstände der Anstalt auch andere derselben Anstalt angehörige Arbeiter zur Verathung zugezogen werden. An der Abstimmung (§ 10) nehmen dieselben nicht Theil. Von der Erörterung in den Arbeiterausschüssen ausgeschlossen sind, abgesehen von den zu 3 bezeichneten, alle Anträge, Wünsche und Beschwerden, welche

lediglich die Angelegenheiten Einzelner betreffen. Nur bleibt jedoch dem Vorstände der Anstalt nach seinem Befinden vorbehalten, den Ausschuss vor der Bewilligung von Unterstufungen über die Bedürftigkeit und Würdigkeit der zu Unterstufenden zu hören.

In den Erklärungen, welche ein Erlaß des Eisenbahnministers an die Eisenbahndirektionen giebt, heißt es zu diesem § 8: „Es werden daher, wie zur Vermeidung von Zweifeln bemerkt wird, auch Lohnfragen, soweit sie allgemeiner Natur sind, von der Erörterung in den Ausschüssen nicht grundsätzlich auszuschließen sein.“

Ausschüssen finden nach „Bedürfnis“, jedoch nicht häufiger als vierteljährlich einmal statt, wenn die vorgelegte Behörde oder der mit dem Vorfall beauftragte Beamte die Einberufung verlangt, oder wenn zwei Drittel der Ausschussmitglieder darauf antragen.

Man sieht aus allen diesen Bestimmungen, daß dafür gesorgt ist, daß die Ausschüsse nicht zu einer Vertrauensinstitution der Arbeiter heranwachsen und kaum etwas mehr Bedeutung haben werden, als daß sie zu den Beschlüssen der Verwaltung Ja sagen. —

**Zum Volksschul-Gesetz** wird telegraphisch gemeldet:

Die Regierung in Frankfurt a. O. hat an die Lehrer eine Verwarnung erlassen, sie würde die Disziplinaruntersuchung gegen die Lehrer, welche mittelbare Staatsbeamte sind, einleiten, falls dieselben gegen das Volksschul-Gesetz Opposition machen würden. Die Regierung ermahnt die Lehrervereine, in friedlichem Geiste, mit Besonnenheit streng in den Grenzen der sachlichen Erörterung und der gebotenen Disziplin zu bleiben.

Wir wollen eine Bestätigung dieser Nachricht abwarten. Nach der bereits seit lange von oben gepflegten Auffassung haben die Lehrer, zumal die Volksschul-Lehrer, in solchen Dingen, wie der inneren Organisation der Schule, nichts mitzureden. —

**Der Baare-Skandal** fängt jetzt wieder an, das Ausland zu beschäftigen. In Frankreich und England versteht man einfach nicht, wie es, nach dem was jetzt über jeglichen Zweifel feststeht, möglich ist, daß Baare nicht auf der Bank der Angeklagten zu sitzen hat. Für die Verjährungstheorie der Bochumer Staatsanwaltschaft hat man in den Ländern mit ausgebildetem Rechtsgefühl und ausgebildeter Rechtspraxis kein Verständnis. Wir haben es schon vor Monaten gesagt, daß der Schaden, welchen die Baare'schen Praktiken unserer Industrie zugefügt haben, nichts sei, verglichen mit dem Schlag, den unser moralisches Ansehen erleiden werde, wenn ein Baare ungestraft bleibe. Und — jetzt scheint das ja ausgemachte Sache. Im Uebrigen verweisen wir auf unseren Leitartikel in der heutigen Nummer. —

**Herr Curt Toppfen**, der vor einiger Zeit als „Sozialdemokrat“ denunziert ward, ist jetzt der Gegenstand folgender Notiz, die einen Theil unserer Presse durchläuft:

Herr Curt Toppfen ist von dem geschäftsführenden Ausschuss der Antiklaverei-Lotterie aus seiner Stellung als Mitglied der Borchert'schen Expedition entlassen worden, da sein Benehmen in Ostafrika den größten Anstoß erregt hat. Wegen einer Streitigkeit, die seine muhamedanische Frau betraf, hatte er, der bekanntlich Muhamedaner geworden war, den Schiedsspruch des Sultans von Sansibar angriffen. Die Stellung der Europäer in Ostafrika ist eine solche, daß ein jeder Abfall vom christlichen Glauben eine Verminderung des europäischen Ansehens im Gefolge hat. Aus rein politischen Gründen sollte solchen Leuten, welche auf den Standpunkt der Araber herabsteigen, der Aufenthalt in der Kolonie nicht gestattet sein.

Auch zur Kolonialpolitik scheint man jetzt das Allermittels-Rezept: Christliche Religion, verwenden zu wollen. Nun — es wird da gerade so wirksam sein, wie anderswo. Erwähnt sei hier nur, daß der Gedanke, durch den Muhamedanismus die Eingeborenen zu gewinnen, durchaus nicht so unpraktisch ist. Thatsache ist, daß die Muhamedaner in Afrika weit größere Erfolge aufzuweisen haben als die Christen. Es wird das sogar von den Engländern zugegeben. Und einer der ersten Grundfehler der deutschen Kolonialpolitik war der feindliche Gegensatz, in den sie sich sofort zu dem muhamedanischen Elemente stellte. Und ist nicht Emin Pascha, der zwar kein großer Kolonial-

politiker ist, aber jedenfalls mit den Eingeborenen Afrikas ausgezeichnet fertig zu werden versteht — ist er nicht zum Muhamedanismus übergetreten? Und verdankt er nicht diesem Religionswechsel — den wir übrigens keineswegs rechtfertigen wollen — wesentlich seine Erfolge? —

**Ueber die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber dem Volksschulgesetz** schreibt die „Kölnische Zeitung“:

Ihre Blätter haben für die Bewegung des Widerstandes, die durch das liberale Bürgerthum geht, nichts als Hohn und Spott; mit einer wahren Fluth großer Beschimpfungen und Verdächtigungen wird die nationalliberale ebenso wie die deutschfreisinnige Partei in der sozialdemokratischen Presse behandelt, weil sie den reaktionären Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule entgegensteht. Woher diese eigenthümliche Haltung? Sozialdemokratische Blätter sprechen es unverhohlen aus, daß ein solches Schulgesetz nur ihrer Partei Vortheil bringen würde. Je mehr sich die Volkserziehung in Widerspruch mit dem Geiste der Zeit und den Anschauungen des lebenden Geschlechts setzt, um so mehr werden gerade die jetzigen und verneinenden Elemente Nahrung daraus ziehen. Das ist die Rechnung der Sozialdemokraten, und sie ist keineswegs ohne Berechtigung. Wenn konservative und liberale Blätter von einem vereinten Ansturm des Liberalismus und der Sozialdemokratie gegen das Volksschulgesetz reden, so ist dies eine vollkommene Entstellung. Die Sozialdemokraten fallen vielmehr auch hier wieder dem Liberalismus in den Rücken und leisten thätlich der Reaktion Vorschub, wie sie es noch immer und überall gethan haben.

Selbstverständlich haben wir für das Gebahren des Organs der Stempelfälscher und Steuerhinterzieher, der profitstüchtigen Ausbeuter, das sich in die Stellung eines Freiheitskämpfers hineinklägt, nur Spott und Hohn. Wir und unsere Partei sind eben die Einzigen, die für die Gewissens- und Geistesfreiheit um ihrer selbst willen kämpfen. Wenn aber jene Bismarck'schen Kulturkämpfer, die, als sie die Macht hatten, die Schulen aus den Händen des Pfaffenstums zu reißen, sich nur zur Kräftigung der reaktionärsten Bestrebungen des Absolutismus hergaben, und die auch heute bereit sind, um eines Scheinanteils an der Regierung willen, jede reaktionäre Maßregel gut zu heißen, sich mit dem Löwenfell der Freiheit drapieren wollen, so ziehen wir es ihnen über die Ohren und zeigen den Esel des Servilismus, der darunter steckt. Herr Eugen Richter nennt jene Schilde rung der „Kölnischen Zeitung“ zutreffend und zeigt damit, daß unser Spott und Hohn auch für ihn zutrifft, und die feigerzige Haltung der Deutschfreisinnigen, die sogar ihren eigenen Parteigenossen Wirthow nicht nur im Stich ließen, sondern ihm sogar entgegentraten, als er von der „religionslosen Moral“ sprach, gebührend geißelt. —

„Luthers Teufelsglaube“ ist ein ökumenisches Bekenntniß aller christlichen Konfessionen, erklärt die „Kreuz-Zeitung“, und wenn Einer den Teufel leugnet, so ist das ebenso, als wenn Einer Gott leugnet. Es giebt sogar sehr Viele, die in unserem „christlichen“ Staat eher an den Teufel als an Gott glauben, und geneigt sind, in dem Soldaten schindenden Unteroffizier eher den Stellvertreter des Teufels als den Gottes zu erblicken. Da man gegenwärtig durchaus das Volk zur Religion führen will, so wäre es auch praktischer, den Religionsunterricht mit der Lehre vom Teufel zu beginnen. Für die Christen dieses wird man bei dem gedrückten und nothleidenden Volk viel leichter Glauben finden, und ist dieser Glaube erst festgewurzelt, dann wird es leichter sein, zu anderen Glaubenssagen überzugehen! —

**Die Rathlosigkeit**, mit welcher die italienische Regierung der sozialen Frage gegenübersteht, offenbarte sich in wahrhaft mitleiderregender Weise, als vor einigen Tagen der Nothstand unter der arbeitenden Bevölkerung Rom's von drei Abgeordneten der Hauptstadt in einer Interpellation zur Sprache gebracht ward. Daß die Lage der Arbeitermassen eine entsetzliche ist, wurde von den Ministern nicht geleugnet — aber das lasse sich leider nicht ändern — was die Regierung thun könne — durch Bauen u. s. w. — das werde sie thun. Aber mehr als 1500 könne sie nicht beschäftigen, und diese auch bloß höchstens auf 2 Monate. Der eine der Interpellanten, Barcella, ein Habitué, meinte, damit sei so gut wie nichts genügt und erinnerte an die Arbeiterkrawalle, die vor drei Jahren unter ähnlichen Verhältnissen entstanden. Die Regierung zuckte die Achseln und — wirtschaftet weiter. —

„Wir werden trotzdem viel, sehr viel noch wirken können.“

„Wir werden soviel thun, wie wir ermöglichen können. Und ich kann den Schicksalschlag, der mich getroffen hat, ertragen, weil er mir wenigstens genug gelassen, um mir zu ermöglichen, mein Glück noch fernher zu genießen.“

„Sie sprechen in Räthseln, theuerste Helene!“

„Ich meine, es ist mir soviel übrig geblieben, daß ich nicht nöthigt bin, auf Sie zu verzichten. Denn, wäre ich gänzlich arm geworden, so hätten Sie mich niemals wieder gesehen.“

„Also doch! Sie hätten mich unglücklich werden lassen, bloß aus Stolz, aus falschen Rücksichten. Aber ich hätte Sie gefunden und hätten Sie Flügel der Morgenröthe genommen, und Sie hätten mir Abbitte leisten müssen.“

„Lassen Sie uns, mein Freund, ein solches Thema nicht weiter verfolgen, hören Sie vielmehr, was geschehen. Sie wissen, daß meine herzensgute Mutter und mein verehrter Vater sich für den Fall ihres Hinscheidens gegenseitig ihr Vermögen zugeschrieben hatten, so daß ich von der Hinterlassenschaft meiner Mutter zunächst nichts erhielt als ihren Schmutz. Mein Vater aber hatte sein Testament später so gefaßt, daß mein Stiefbruder nach seinem Tode die aus dem väterlichen Vermögen gegründete Fabrik mit allem Inventar und allen dazu gehörigen Gebäuden erben sollte, während mir die übrigen Besitzungen der Familie zufallen sollten. Im Laufe der Jahre jedoch vergrößerte mein Vater seine Establishments; es wurden auswärtige Ableger des Geschäfts gegründet. Zur Ausführung dieser Unternehmungen gehörte viel Geld; Geschäftskrisen machten außerordentlich Opfer nothwendig, und da das Geld in jenen großen Unternehmungen nachdringend angelegt wurde, so bedachte sich mein Vater nicht, eine unserer Besitzungen nach der anderen zu verkaufen. So ist es denn mit der Zeit dahin gekommen, daß nach dem Vorlaute des Testaments mir nur das Haus, in welchem wir wohnten, nebst einer geringfügigen Summe zu Theil werden wird. Auf diese Weise bin ich denn, ehe ich es dachte, aus einer reichen Erbin eine ganz mittelmäßige Partie geworden, mit der Sie sich, Herr Doktor, nun schon begnügen müßten.“

(Fortsetzung folgt.)

Ramen, und durch ihr Erscheinen nicht zu stören und der Dame keine Verlegenheiten zu bereiten.“

„Gehen Sie nur ohne Furcht, Herr Doktor, es soll Sie Niemand stören, dafür stehe ich Ihnen.“

Mit beklommenem Herzen eilte der junge Schriftsteller nunmehr nach dem Vorzimmer.

Da stand sie, das unvergängliche Ideal seiner Träume, stolz und anmuthig, das Gesicht vom schützenden Schleier verhüllt — ein ganz modernes Götterbild!

Mit schlichter Stimme und schlichter Verlegenheit ersuchte sie lange, hereinzutreten. Sie schwebte stumm in das Zimmer, und erst als die Thür sich hinter ihnen geschlossen und sie sich mit ihrem Freunde allein sah, schlug sie den Schleier zurück, reichte dem jungen Mann die Hand und sagte mit fast flüsternder Stimme:

„Guten Tag, mein Freund!“

„Helene!“ rief der junge Schriftsteller entsetzt im Anschauen der Geliebten, „Sie kommen wie eine Schutzgöttin, wie eine gütige Fee, um den gefangenen Dichter mit einem süßen, holden Blicke zu erfreuen!“

„Ich hielt es für meine Pflicht.“

„Aber wer in aller Welt hat Ihnen denn gesagt...?“

„Sie haben mir einige peinliche Stunden verursacht, da ich Sie am Abend des anderen Tages mit Bestimmtheit erwartete. Doch sagte ich mir, daß ich an Ihrem Partgefühl nicht zweifeln dürfte, daß diesmal wirklich eine Unmöglichkeit allein Sie abhalten könnte, mich zu begrüßen, wenn ich gleich über das Wesen dieser Unmöglichkeit mir keine Vorstellung machen konnte. Ich sandte am anderen Tage in Ihre Wohnung und erfuhr, daß Sie an jenem Abende gar nicht nach Hause gekommen und seit der Zeit auch nicht mehr gesehen worden seien. Das beunruhigte mich natürlich nicht weniger und veranlaßte mich, weitere Erkundigungen einzuziehen zu lassen. Endlich wurde mir durch die Barth'sche Druckerei Auskunft über Ihren gegenwärtigen Aufenthaltsort.“

Es war wohl Unrecht, daß ich Ihnen so wenig Vertrauen bewies...“

„Sie werden in Zukunft mehr Vertrauen zu mir gewinnen.“

„D ganz gewiß werde ich das, oder vielmehr: Sie haben es bereits in mir im höchsten Grade erzeugt. Sie werden sich bis jetzt manchmal einen falschen Begriff von mir gebildet haben, aber das Räthsel ist leicht gelöst, wenn Sie bedenken, daß Sie reich sind. Vor Monaten schon stürzte es in meiner heißen Seele, vor Monaten schon hätte ich Ihnen mein ganzes Herz entbietet, wenn Sie arm, wenn Sie in derselben Lebensstellung mit mir gewesen wären. Aber in dieser vom Geld beherrschten Welt, wo das Kapital sich zum Götzen des Tages gemacht hat, vor dem selbst das Genie und jedes Verdienst, welches nicht im Dienste der herrschenden Klassen erworben worden, zurücktreten muß, war ich zu stolz, um auch nur den Verdacht zu erwecken, als strebte ich danach, durch den Besitz eines geliebten Wesens zugleich in Besitz jenes Mammons zu kommen, den ich nur als Mittel schätzen könnte, seinen verderblichen und entsetzlichen Wirkungen entgegenzutreten.“

„Ich glaube es Ihnen, mein Freund, denn ich habe mir, Ihre Bestimmungen kennend, Ihr Benehmen selbst schon erklärt, sonst würden Sie mich auch an jenem Abend nicht so entgegenkommend gefunden haben. Aber von jetzt an werden Sie überhaupt solcher Rücksichten entbunden sein, denn ich kann Ihnen mittheilen, daß mir der Reichthum wie durch ein Zauberkunststück abhanden gekommen ist. Ich bin jetzt, wie die Welt sich auszudrücken pflegt, so ziemlich ruiniert!“

„Ruiniert? Arm, wie ich? vielleicht noch ärmer? Dann ist ja jedes Bedenken gegenstandslos geworden, und mir wird das Glück zu Theil, nicht nur meine Liebe als befreit von jedem Verdachte des Eigennutzes zu sehen, sondern auch meine Anstrengungen dem Wohlbefinden eines geliebten Wesens widmen zu können.“

„Und ich tausche für meinen Verlust das hochbeglückende Bewußtsein ein, mich rein und selbstlos geliebt zu sehen. Nur ein Bedauern bleibt mir übrig: ich hoffte mit meinem Reichthume unter Ihrer Leitung recht viel Gutes thun zu können auf Erden, und zwar in einer vernünftigeren, erspriechlicheren Weise, als es durch Almosen gegeben geschehen kann.“

Ueber russische Militärschneidigkeit wird der „Rölnischen Zeitung“ aus Petersburg ein Vorfal gemeldet, der sich in Warschau ereignet hat.

Ein Artillerie-Oberst, der bei seinen Untergebenen als „Teufelskinder“ ungemein verhasst war, trat jüngst an seine Truppe heran und bot ihr „Guten Morgen“. Nach militärischer Sitte mußte sofort der gemeinsame Dankgruß der Truppe erfolgen. Es blieb aber (auf vorherige Verabredung) alles stumm. Der Oberst trat nunmehr an den ältesten Unteroffizier-Feldwebel und bot diesem persönlich den Morgengruß. Als der Gruß unerwidert blieb, riß der Oberst einen Revolver hervor und schoß den Unteroffizier nieder. Darauf trat er vor einen zweiten Kavazierten; dort wiederholte sich derselbe Vorgang; auch ihn schoß der Oberst nieder. Dann trat er vor die Mitte der Front und entbot nochmals der gesamten Truppe den Morgengruß. Jetzt erfolgte die einstimmige Antwort in vorchriftsmäßiger Weise.

Uns mündert nicht mehr, was in Rußland geschieht; sondern uns doch längst schon manche Vorkommnisse auch in Deutschland nicht.

## Zum neuen „alten Kurs“ in Sachsen.

(243 II A.)

Das in neuerer Zeit immer vielfältiger hervortretende Vereinswesen und die gleichzeitig zunehmende Zahl der öffentlichen Versammlungen bereiten einer sicheren Handhabung des Gesetzes, das Vereins- und Versammlungsrecht betreffend, vom 22. November 1890 mannigfache Schwierigkeiten. Nun wird es zwar nicht thunlich sein, für diese Handhabung eine so genaue und erschöpfende Richtschnur zu geben, daß dadurch alle Zweifel abgeschnitten werden könnten; jedenfalls aber werden sich die Behörden ihre, wie nicht verkannt werden soll, oft recht schwierige Aufgabe wesentlich erleichtern, wenn sie die Vorschriften des Gesetzes nach allen Richtungen hin thunlichst gleichmäßig zur Anwendung bringen, insbesondere ohne etwa eine einzelne Partei zu bevorzugen oder zu benachteiligen, namentlich ohne die verschiedenen politischen Parteien mit verschiedenen Maßnahmen zu messen.

Es ist hierbei vor allen Dingen an den Gegensatz zwischen der sozialdemokratischen Partei und den anderen politischen Parteien zu denken. Mögen auch die Bestrebungen der ersteren für die allgemeine Wohlfahrt wenig erwünscht sein, so erscheint es aber doch bedenklich, ihr gegenüber die präzeptiven Vorschriften des Gesetzes anders durchzuführen als den sogenannten Ordnungsparteien gegenüber. Es wird daher auch bezüglich dieser letzteren daran festzuhalten sein, daß nach §§ 24 fg. Vereine, welche sich mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen (soweit sie nicht unter § 26 fallen, d. h. soweit sie nicht entweder durch das Gesetz oder die gesetzliche Autorität begründet, oder, wie z. B. die zu Sachsens Militär-Vereins-Bund gehörigen Militär-Vereine, und in gewissem Sinne auch die landwirtschaftlichen Vereine und die Gewerbe-Vereine, von der Staatsregierung anerkannt oder bestätigt sind) nur dann Zweigvereine bilden und sich mit anderen Vereinen in Verbindung setzen dürfen, wenn sie das Recht der Körperschaft erlangt haben und ihnen jene Rechte ausdrücklich erteilt worden sind.

Auf dieser Rücksicht, durch möglichste Unparteilichkeit unerwünschten Konsequenzen vorzubeugen, beruht es auch, wenn das Ministerium des Innern in jüngster Zeit Anstand genommen hat, einigen an sich unbedenklichen Vereinigungen von Arbeitgebern und einigen ihrem Ziele nach durchaus anerkenntniswerthen politischen Vereinen die nachgesuchte Ausstattung mit den soeben erwähnten Rechten zu bewilligen.

Der Umstand allein, daß ein Verein oder eine Versammlung sozialdemokratische Zwecke zu verfolgen bestimmt ist, kann nach dem jetzigen Stande der Gesetzgebung keinen ausreichenden Grund zu einem Verbote oder einer Auflösung abgeben. Es ist daher auch bei dem, auch in öffentlichen Blättern besprochenen Löbauer Falle, wo das Ministerium die Befehle gegen die Auflösung eines sozialdemokratischen Vereins zurückgewiesen hat, für die Entscheidung des Ministeriums nicht die politische Farbe jenes Vereins, sondern die Thatfache maßgebend gewesen, daß der aufgelöste Verein sich unter ein, unter Umständen auch gesetzwidrige Mittel billigendes Programm gestellt, hiermit aber sich in Widerspruch zum Gesetze gestellt hatte. Umgekehrt hat noch jüngst das Ministerium das Verbot einer sozialdemokratischen Versammlung aufrecht zu erhalten sich außer Stande gesehen, weil die für diese Versammlung angekündigte Besprechung jenes Programms noch nicht ohne Weiteres als Beweis dafür gelten konnte, daß der Versammlung die Annahme des letzteren, also das Verlassen des gesetzlichen Bodens, empfohlen werden sollte.

Ob nun im einzelnen Falle mit einem Verbote oder einer Auflösung vorzugehen sei, muß zwar dem umsichtigen Ermessen der Behörden überlassen bleiben; das Ministerium hat es aber nicht für überflüssig gehalten, im Vorstehenden wenigstens auf einige der hauptsächlich in Betracht zu ziehenden Gesichtspunkte aufmerksam zu machen, und stellt den Kreisoberhauptmannschaften anheim, die ihnen unterstehenden Polizeibehörden mit entsprechender Anweisung zu versehen.

Dresden, am 11. Februar 1891.

Ministerium des Innern.

An die Kreisoberhauptmannschaften, die Handhabung des Vereinsgesetzes betreffend.

## Parteinachrichten.

Der Erlass des Herzogs Georg zu Sachsen und das Urtheil der sozialdemokratischen Presse.

„Hamburger Echo“: Es soll uns freuen, wenn auch die anderen Parteien energisch in den Kampf gegen die Auswüchse des Militarismus eintreten und ihn nicht den „Umsturzparteien“ allein überlassen. Werden sie aber die notwendigen Konsequenzen allein überlassen. Werden sie aber die notwendigen Konsequenzen allein überlassen. Werden sie aber die notwendigen Konsequenzen allein überlassen. (Text is repetitive in the original)

Zum Fall Wend bemerkt das Hauptblatt der deutschen Katholiken, die „Germania“, nachdem es die Schilderung des „Vorwärts“ reproduziert: „Bestätigt sich dieser Vorgang, so wird man über ein solches Vorgehen im Volke Gedanken haben, die man öffentlich in Worte zu fassen mit Rücksicht auf die „Pressefreiheit“ unterlassen muß. Daß man aber auf solche Weise keine Sozialdemokratie bekämpft, kann sich jeder sagen. Man wird es auch sehr begreiflich finden, wenn der „Vorwärts“ aus diesem Anlaß den Fall Baare und Wend neben einander stellt.“

Sehr gut! Öffentlich giebt das jetzt so einflussreiche Zentrum diesen Worten seines leitenden Organs die gebührende Folge.

indem es mit dafür sorgt, daß durch gesetzliche Maßnahmen solchen Vorkommnissen, welche ein Dohn sind auf den „christlichen“ Staat, vorgebeugt wird. Aber das Zentrum wird jedenfalls auch in dieser Sache sich genau so zweideutig verhalten wie hinsichtlich der Soldatenmishandlungen.

Für die Reichstags-Erwahl in Mecklenburg-Strelitz haben, nach der „Frei. Ztg.“, die Konservativen in Neubrandenburg am Sonnabend als Kandidaten den Grafen Hermann v. Schwerin zu Wolfshagen aufgestellt.

Gegen den Volksschulgesetz-Entwurf nahm am Sonntag eine gut besuchte Vreslauer Volksversammlung nach einem Referate des Reichstags-Abgeordneten Kunert folgende Resolution unter förmlichem Beifall einstimmig an:

„Die Versammlung protestirt gegen den durch den neuen Schulgesetz-Entwurf gemachten Versuch, die Schule gänzlich dem Einflusse und der Willkür der herrschenden Konfessionen auszuliefern. Die Versammlung ist überzeugt, daß die Elementarschule, welche Volksschule heißt und Armen- oder Proletarier-Schule ist, durch Annahme des neuen Schulgesetz-Entwurfs auf ein noch niedrigeres Niveau herabgedrückt wird, so daß sie kulturfördernden Aufgaben auch nicht entfernt gewachsen sein würde.“

Die Versammlung protestirt ferner gegen den Erlass des Kultusministers, betreffend den Religionsunterricht dissidentischer Kinder, als ein verfassungswidriges, volks- und freirechtsschädliches Vorgehen. Sie hebt hervor, daß die gänzliche Entzerrung des Religionsunterrichtes aus unseren Schulen angestrebt ist, aber sie ist auch tief durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die frei organisierte, wahrhaft allgemeine Volksschule nur Leben und Wirklichkeit werden wird unter der Voraussetzung des Sturzes der kapitalistischen und des Sieges der sozialdemokratischen Weltanschauung.“

Im elsaß-lothringischen Landesausschuß schnitt der Abg. Winterer die Frage der sozialdemokratischen Agitation an und empfahl wie üblich Kirche und Schule als geeignetes Kampfmittel gegen uns. Nach der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“ bemerkte darauf der Unterstaats-Sekretär v. Köller, daß sich der Geisteskampf zwischen den Anhängern der alten Gesellschaft und den Sozialdemokraten in Elsaß-Lothringen bedeutend stiller und schädlicher abspiele, als in anderen deutschen Ländern. Dazu stellt das „Hamburger Echo“ die malitiosen Fragen:

„Wenn die Sozialdemokraten in Elsaß-Lothringen sich „bedeutend stiller und schädlicher“ aufführen als ihre Genossen in den übrigen deutschen Bundesstaaten, wie kommt die Regierung dann dazu, diese stillen und schädlichen Sozialdemokraten bedeutend größer und folglich unschädlicher zu behandeln, als dies im übrigen Deutschland meistens geschieht? Wie kommt es, daß den sozialdemokratischen Vereinen und Versammlungen sowie dem sozialdemokratischen Blatte so manche Hindernisse bereitet werden, die das Gesetz wohl zulassen mag, aber keineswegs direkt vorschreibt? Wird eine solche Behandlung gerechtfertigt durch das „stillere“ und „schädlichere“ Verhalten unserer dortigen Genossen?“

Jedenfalls ist durch jene Aeußerung des elsaß-lothringischen Unter-Staats-Sekretärs das Vorgehen der reichsständischen Behörden gegen die Sozialdemokratie und die Arbeiter überhaupt als ein solches gekennzeichnet, das selbst durch die Interessen des Klassenstaates nicht geboten erscheint. Mag man deshalb umgehend Wandel schaffen.

Der „antifolketivistische“ Bauernschädel scheint auch in Württemberg im Verschwinden begriffen zu sein. Einem Wüderblättchen wird über die Stimmung unter den Bauern geschrieben: „Endlich kommt einmal ein Vorschlag, was durch Farmer und Lehrer gegeben sollte im Schulhaus (es handelt sich um das Halten von religiösen Vorträgen). Ich bitte Sie, dringen Sie darauf, bis es vollkommen verwirklicht ist. Wenn so etwas nicht geschieht, so haben wir in ein paar Jahren auf den Dorfstraßen lauter Sozialdemokraten! Wenn Sie glauben, es sei nicht so nötig, so werden Ihnen bei der nächsten Reichstags-Wahl die Ohren gelten. Sie glauben nicht, wie viele ehrbare, reiche Bauern dabei sind, auf die man ein Helsen schloß gebaut hätte. Sie glauben nicht, was für „Mücken“ manche Leute über Färnen zc. im Kopfe haben.“ — Wenn der deutsche Bauer über die Geschichte seiner Klasse unterrichtet wird, dürfte ihm der Tag von Damaskus in unserem Sinne noch näher sein.

Neue Arbeiter-Wahlvereine wurden im 7. badischen Wahlkreis (Offenburg) am letzten Sonntag zu Kehl a. Rh. und Elgersweier errichtet. Der vorwiegend ländliche Wahlkreis hat nun 5 selbständige Parteivereine, die, mit Ausnahme des Offenburgers, im Laufe dieses Winters gegründet wurden.

Das neue Pforzheimer sozialdemokratische Blatt „Der Kreuzbote“, welches als Privatunternehmen von der Partei um so weniger unterstützt wurde, als in Baden bereits zwei Parteiorgane existieren, hat sein Erscheinen eingestellt. In der betreffenden Anführung geben Verlag und Redaktion darüber ihrem Unmuth Ausdruck, daß die Partei dieses Unternehmens nicht unterstützt hat. Nachdem ihnen aber von vornherein jede Parteierkennung mit der Begründung verweigert wurde, daß das neue Blatt nur die bereits bestehenden badischen sozialdemokratischen Blätter schädigen und der Partei keinen Nutzen bringen könne, haben die betreffenden Personen zu ihrer Beschwerde keinerlei berechtigten Anlaß.

Die Mangelhaftigkeit des Gemeindefeues erhellt drastisch aus der Thatfache, daß in Hamburg von 140 000 Reichstags-Wählern nur 20 000 das Bürgerrecht haben. Zu den Steuern werden natürlich Alle herangezogen, zum Genuß der Rechte aber bedarf es der Erfüllung einer Menge von Formalitäten, die zu den heutigen Verhältnissen passen wie die Faust aufs Auge.

„Heimgelentet“ wurde dem Berliner „Unabhängigen“ Berner, welcher nach Bielefeld gekommen war, um in einer dortigen Versammlung Unkraut zu säen. Die Versammlung sprach in einer Resolution, welche mit allen gegen 7 Stimmen angenommen wurde, ihre entschiedene Mißbilligung darüber aus, daß von einzelnen Personen durch Veranstaltung der Versammlung der Versuch gemacht worden ist, den Berliner Streitigkeiten auch in Bielefeld Eingang zu verschaffen. Die Versammlung erklärte ferner, daß sie sich den Ansichten Berners bezüglich der Agitation und Taktik nicht anschließen könne, sondern die Beschlüsse des Erörtert-Parteitages in ihrem ganzen Umfang anerkenne und jeden Versuch, eine Zerspaltung der Kräfte in Bielefeld herbeizuführen, auf das Entschiedenste zurückweise. Ebenso wurden die Verleumdungen gegen die Parteileitung, welche aus alten erprobten Genossen bestünde, als unbegründet zurückgewiesen; persönliche Streitigkeiten seien nicht mit den Parteigrundfragen zu verquiden. Was für Blech das „Haupt“ der „Unabhängigen“ auch in Bielefeld gesprochen haben mag, ergibt sich schon aus der von der Bielefelder „Vollmacht“ der Nachwelt aufbewahrten Stelle seiner Rede, wonach er es tadelte, daß laut dem Arbeiterschulgesetz-Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion, die Arbeiterkammern zur Hälfte aus Unternehmern bestehen sollten; er meinte hierzu: „daß dadurch eine PreSSION auf die Arbeiter ausgeübt werde, sei doch erklärlich, denn er könne nicht glauben, daß Arbeiter, wenn ihr Brotherr mit anwesend wäre, ihre freie Meinung äußern würden.“ Ein solcher Begriff, den dieser „Vollkammer“ von den Arbeitern hat! Und mit denselben Arbeitern, die er in seiner Ueberhebung für zu feig hält, in der Arbeiterkammer den Unternehmerbeisitzer

ihre Meinung frei heraus zu sagen, will er die soziale Frage auf kürzerem Wege lösen als die sozialdemokratische Partei ihn wandelt? Was für Konfusionarische sind doch diese „Unabhängigen“!

Aus St. Ludwig wird der „Elsaß-Lothringischen Volksztg.“ unterm 2. Februar geschrieben: Der Einladung der Basler Mitgliebschaft deutscher Sozialisten folgend, leistend, zahlreich hiesige Genossen verflochten Sonntag nach Basel, um etwas über das Thema, das unsere Gegner so viel Vergnügen gemacht, zu erfahren. Ueberrascht jedoch waren wir, als der in der Einladung nicht genannte Referent nicht nur über die Berliner Opposition referirte, sondern sich auch zu derselben bekannte; es war nämlich der bekannte Oppositionsmann Hans Müller, einstiger Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“. Neues haben wir nicht viel erfahren. Es sind die alten Mängel und Anklagen wegen Diktatur, Autokratie, Disziplin, Personenkultus, Veruntreuungen, Parlamentarismus, Wasser-suppenliteratur u. s. w., die wieder hervorgezerrt wurden. Opposition und Fraktionelle hielten sich in der Versammlung so ziemlich die Waage. Namentlich waren es hiesige Genossen, die der Opposition unter förmlichem Beifall entgegen-traten. Welchen Eindruck übrigens die Opposition auf minder Eingeweihte machte, läßt sich denken, wenn wir erwähnen, daß sich ein Redner zu gemeinen Beschimpfungen der nicht anwesenden deutschen Parteileitung herabließ: er wurde dabei unterbrochen und ausgejohlt. Die Herren kämpfen gegen Autokratie und Personenkultus und sehen nicht, daß sie diesen Dingen nachgerade selber zum Opfer fallen. Sie blasen die Sturmtrumpete, ohne zu berücksichtigen, daß die große Masse ja möglich mit ihnen Schritt halten kann, woraus sich ja notwendig die Diktatur über die letztere ergeben müßte. Gewinnen wir zur Kennzeichnung der Kurzsichtigkeit dieser Hühler nur an Caprioli's Unteroffizierrede und an die bekannten Kates-worte. Bevor der alte Bau fällt, muß der Boden für den neuen so weit vorbereitet sein, daß er fest und sicher steht und nicht bei dem ersten Windstoß wie ein Kartenhaus zusammenwagt. Wenn sich übrigens die Mitgliebschaft deutscher Sozialisten in Basel rückhaltlos auf den Standpunkt der Opposition stellen wollte, so wäre das Lichtschuß zwischen uns geschnitten.“

## Soziale Uebersicht.

Auch die Leichenräger Berlins sind nach der „Voss. Ztg.“ in eine Lohnbewegung eingetreten. Der von ihnen gebildete Verein will beim Konfitorium der Provinz die erforderlichen Schritte unternehmen, um eine Erhöhung der für den Leichen-trägerdienst aufgestellten Preissätze herbeizuführen. Zur Zeit erhalten die Leichenräger bei einem Begräbniß erster Klasse 2,50 M., für eine Leiche zweiter Klasse 1,75 M. und für die 3. Klasse 1,50 M. Einzelne Gemeinden, wie die Neue und die Jerusalems-gemeinde, haben schon für die Thätigkeit der Leichenräger auf den Auferstehungshöfen einen Zuschlag von 50 Pf. bewilligt. Der Verein wünscht nun den Tarif allgemein auf 3 M., 2,25 M. und 1,75 M. erhöht zu sehen und will außerdem allgemein anerkannt wissen, daß bei einer „fremden Leiche“, d. h. bei dem Begräbniß eines Todten aus einer anderen Pfarodie, 50 Pf. Zuschlag gewährt wird.

Aus den Kreisen der Berliner Brauereigenossen wird uns geschrieben: Die Brauereigenossen von Berlin und Umgegend erlangen sich durch ihren Streik einen Arbeitsnachweis, dessen Verwaltung in ihren Händen ruhte. Nach Ablauf eines Jahres nahmen die Brauereigenossen die Sache in die Hand, und nun sieht es so, daß Brauereigenossen, welche den Herren nicht konveniren, keine Arbeit mehr finden. Selbstverständlich sind das in erster Linie die sogenannten „Streikbrüder“. Das ist um so schlimmer für sie, als in Berlin und Umgegend ein Drittel der Brauereigenossen überhaupt arbeitslos ist und sich deren Zahl während der Zeit von Mai bis September, wo die Arbeit in den Malzereten ruht, fast verdoppelt. Die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ sieht also auch im Brauergewerbe genau so aus wie in den anderen Gewerben.

Um Konflikte solcher Art, wie sie in Nürnberg vorkamen, zu vermeiden, haben, wie die „Frank. Tagespost“ meldet, die Brauerei-Inhaber für die beschlossene, eine Lohnkommission, bestehend aus Brauereibesitzern und Brauereigenossen zu bilden. Dieses Entgegenkommen findet seitens der Arbeiter volle Anerkennung, nur ist zu bedauern, daß in einzelnen Brauereien die Arbeiter förmlich überumpelt wurden, so daß es ihnen gar nicht möglich war, sich über die zu wählenden Personen zu verständigigen. Zur Wahl wurden Wäntter, Maschinisten, Fuhrleute zc. zugelassen, die größtentheils besser bezahlt sind und keine so lange Arbeitszeit haben wie die Brauereigenossen, von denen deshalb auch nicht erwartet wird, daß sie die Interessen der Brauer vertreten.

Gegenüber dem frechen Auftreten von Streikbrechern in Stuttgart rath die „Schwäbische Tagwacht“ den Arbeitern, sich um diese Leute nicht weiter zu kümmern, es solle um ihre Willen auch nicht ein brauer Arbeiter auch nur eine Stunde im Gefängniß zubringen. Wir schließen uns diesem Rathe durchaus an und wollen nur noch bemerken, daß es zwar sehr schwierig ist, aber nichts desto weniger Pflicht der Charakter-zieldenkenden Arbeiter bleibt, daß Unwesen der Streikbrecherei durch überzeugende Aufklärung jener Arbeiter einzudämmen, die sich dem Kapital zu solchen entwürdigenden Dienste zur Verfügung stellen.

300 Buchdruck-Druckarbeiterinnen sind nach Beendigung des Buchdruckerstreiks in Leipzig nicht wieder eingestellt worden.

Bzüglich der Konferenz der Metallarbeiter der Provinz Sachsen, auf welcher berichtet wurde, die Schmied-Organisation sei eine mangelhafte und das Junftwesen bei dieser Branche noch vorherrschend, schreibt Herr R. Koll, Vertrauensmann der Schmiede Sachsen (Leipzig-Schleswig), daß die gewerkschaftliche Organisation überhaupt der gesamten Arbeiter noch keine vollkommene sei, was ja die Vorarbeiten zum Gewerkschafts-Kongress bewiesen. Jener den Schmieden gemachte Vorwurf sei nur dadurch zu erklären, daß die betreffenden Berichterstatter die Verhältnisse in der Schmiedebrende nicht kennen. Der Schmied gehöre mit zu den am meisten ausgebeuteten Arbeitern, werde jedoch niemals dem noch schlechter dastehenden Arbeiter die Unterstützung verweigern oder ihn gar noch verspotten. Die Berichterstatter sollten die Verhältnisse genauer studiren, ehe sie Vorwürfe der erwähnten Art erheben.

Budapest. Auf dem Antony'schen Steinweg. Werkplatz ist am 3. d. M. ein Streik ausgebrochen. Seit geraumer Zeit wurden die Arbeiterpreise bezarr herabgedrückt, daß der Durchschnitts-Wochenverdienst auf 6 fl. herabgesunken ist. Die Steinwegner fühlten sich gedrungen, dem gegenüber ihre Forderungen aufzustellen, erhielten jedoch eine ablehnende Antwort. Daraufhin legte das ganze Personal, 20 Steinwegner, einmüthig die Arbeit nieder. Zugug ist fernzuhalten. Unterstützung notwendig.

Zum Dienstboten-Streit. In Köln schrieb eine „Herrschaft“ ihrem zweiten Dienstmädchen ins Abgangsbuch: „Sonnig treu und fleißig, aber eine Soldaten-laufstige.“ Schändlich!

In der Dresdener Königl. Hofschloßfabrik wurden am 1. Februar bedeutende Entlassungen von Arbeitern und Arbeiterinnen vorgenommen. Wohl die Hälfte (circa 200) kamen außer Arbeit.

**Theater.**  
 Mittwoch, den 10. Februar.  
**Spernhaus, Othello.**  
**Schanzhaus, Der zerbrochene Krug.** Der eingebildete Kranke.  
**Deutsches Theater, Don Carlos.**  
**Festung-Theater, Die Großstadtluft.**  
**Berliner Theater, Esther.** Der Geizige.  
**Residenz-Theater, Musotte.** Vorer: Modedancer Violet.  
**Wallner-Theater, Der Varenführer.** Ein berühmter Mitbürger.  
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater, Das Sonntagskind.**  
**Thomas-Theater, Rothhäppchen.**  
**Pelleas-Theater, Der Herrgottschneider von Ammergau.**  
**Offend-Theater, Cavalleria rusticana.**  
**Adolph Ernst - Theater, Der Langtanzel.**  
**Alexanderplatz-Theater, Berliner Pflaster.**  
**Ferny-lauf, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Gebrüder Richter's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Theater der Reichshallen, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Winter-Garten, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Konkordia-Palast-Theater, Spezialitäten-Vorstellung.**  
**Kaufmann's Variété, Spezialitäten-Vorstellung.**

**Circus Renz.**  
 Pariserstraße.  
 Mittwoch, den 10. Februar 1892,  
 Abends 7 1/2 Uhr:  
**„Auf Helgoland“**  
 oder: Ebbe und Fluth.  
 Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen mit National-Tänzen (60 Damen), Aufzügen. Neue Einlage: **Die Garde-Gusaren und Escherkessen.** Dampfschiff- und Bootfahrten, Wasserfällen, Riesenfontänen mit allerlei Lichteffekten u. s. w., arrangirt und inszenirt vom Direktor E. Renz. Außerdem: Zum ersten Male in Europa: Die 3 Amerikaner Gebr. Rizolds, die vorzüglichsten Springer und Akrobaten der Gegenwart. 4 hohe Schalen zu gleicher Zeit ger. von den Damen Fräul. C. Hager, Orosana Renz, Vidal und Helga Hager. 6 Traktierer Rapphengste auf dross. und vorgef. von Herrn Franz Renz. Emperor, ger. v. d. Schulreiter Herr Gabriel. Olgert Manöver ger. von 16 Damen. Sisters Lawrence am fl. Trapez. Geschw. Cottrilly, Equilibristinnen. Auftreten der besten Reittänzerinnen u. Reittänzer. Komische Entrees und Intermezzi von sämtl. Klowns. Täglich: „Auf Helgoland“.  
**Sonntag 2 Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei). Mazoppas Verbannung gr. historische Pantomime mit Ballet (Polnischer Nationaltanz vom ges. Corps de Ballet). Abends 7 1/2 Uhr: Auf Helgoland.  
 E. Renz, Direktor.

Unserem Budiker Chr. Bierath zu seinem heutigen Wiegenfeste ein donnerndes Hoch! 1865  
 Die durstigen Tischler.  
 Unserem Sangesbruder Hermann Maier zu seinem 21. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch! Na, einen wollen wir noch trüdeln. 1865b  
 Die langen Heinrichs.  
 Unserem Genossen Adolph Feier zum heutigen Tage ein donnerndes Hoch von der denksamen Hammelherde der 3 Nothen Berlin I. 1892b  
**Todes-Anzeige.**  
 Am 6. d. verstarb an den Folgen eines Sturzes vom Dach des Jordanischen Neubau, Marktgrafenstr. 6, unser treues Mitglied, der Schlosser **Alfred Budschigk.**  
 Seine Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Februar, Nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zion-Kirchhofes (Weissensee) aus, statt. Der Vorstand des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäft. Arbeiter Berlins und Umgegend.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern der Gethischen Gesellschaft zur Nachricht, daß unser Mitglied **Nicolaus Baldauf** am Sonntag, den 7. d. M. nach zweijährigen schweren Leiden verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. d. M., Nachm. 4 1/2 Uhr, von der Pappel-Allee 32a nach dem Freiwilligen Friedhof in der Pappel-Allee statt. Um recht rege Theilnahme ersucht **Der Vorstand.**  
 Statt jeder besonderen Mittheilung erlaube ich hiermit die traurige Pflicht, allen meinen Verwandten, Kollegen und Freunden die Nachricht zu geben, daß meine liebe Frau **M. Möller geb. Potrafke** am 8. Februar plötzlich verstorben ist. — Die Beerdigung findet Donnerstag, den 11. Februar, Nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zion-Kirchhofes aus statt. **P. Möller** und Sohn.

**Große öffentliche Volksversammlung**  
 am Mittwoch, den 10. Februar, Abends 8 Uhr,  
 in Ahrend's Brauerei, Moabit, Thurmstraße Nr. 26.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Das Volksschul-Gesetz und die Sozialdemokratie.  
 Referent: Reichstags-Abgeordneter **August Bebel.** 333/14  
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
**Der Vertrauensmann.**

**Große öffentliche Versammlung**  
 aller in 224/13  
 Album-, Carton-, Papier-, Lugsapier- und Lederwaren-Fabriken thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen  
 Mittwoch, den 10. Februar 1892, Abends 8 Uhr, bei Scheffer, Inselstraße 10.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag der Frau Emma Jhrer. 2. Diskussion über event. Besetzung des Gewerkschafts-Kongresses und Wahl zu demselben. 3. Thue ein jeder Kollege und jede Kollegin seine Pflicht und seien wir vollzählig am Plage.  
**Der Einberufer.**

**Achtung, Maurer!**  
 Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr:  
**Gr. öffentl. Maurer-Versammlung**  
 in Feuerstein's großem Saal, Alte Jakobstraße 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Wie stellen sich die Maurer Berlins zum Gewerkschafts-Kongress in Halberstadt? 2. Wahl der Delegirten. 3. Gewerkschaftliches. 4. Alle Maurer Berlins sind dazu eingeladen, aber nur Maurer haben Zutritt und Stimmrecht.  
**Der Vertrauensmann.**  
 Garbe, Am Ostbahnhof Nr. 15. 427/10

**Berliner Streik-Kontroll-Kommission.**  
**Öffentl. Versammlung sämmtl. Delegirten**  
 am Freitag, den 12. Februar, Abends 8 1/2 Uhr,  
 im Lokale von Feuerstein, Alte Jakobstrasse 75.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Die Bewegung der Arbeiter-Kontrollmarke. 2. Anträge der Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Bäcker und Hausdiener. Um recht pünktliches Erscheinen ersucht **Der geschäftsführende Ausschuss d. Berl. Streik-Kontroll-Kommission.**  
 J. A.: Hermann Haber, N., Antonstr. 84, v. prt. 234/15

**Achtung!**  
**Große öffentliche Versammlung**  
 sämmtlicher in den Album-, Carton-, Papier- und Lederwaren-Fabriken thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen  
 Arbeiter und Arbeiterinnen! Angesichts dessen, daß die Kapitalisten (Unternehmer) Klasse sich immer enger verbindet zur Unterdrückung der arbeitenden Menschen, wird es uns eben auch zur ersten Pflicht, ein gleiches in wünschlich noch größerem Maße zu thun. Obige Versammlung soll dazu bei-  
**Achtung!**

**Achtung! Schöneberg! Achtung!**  
 Donnerstag, den 11. Februar 1892, Abends 8 1/2 Uhr:  
**Gr. öffentl. Volks-Versammlung**  
 für Schöneberg u. Umgegend  
 in der Schlossbrauerei Schöneberg, Hauptstraße Nr. 60-63.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Gleiches Recht für Alle. Referent: Reichstags-Abgeordneter Förster. 2. Diskussion. 3. Ausstellung der Kandidaten zu den Gemeinde-Wahlen. 4. Verschiedenes.  
 Zur Ledung der Unkosten findet ein Entree von 10 Pf. statt.  
**Der Vertrauensmann.** 420/18

**Adlershof!**  
**Gr. öffentliche Volks-Versammlung**  
 im Lokale von Wiedemann & Manofski  
 am Donnerstag, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr.  
 Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag über die Gemeindevahlen. Ref.: Schuhmachernstr. Ch. Mehnert, Berlin. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Wahlkomitees.  
**Der Vertrauensmann.** 420/19

**Redakteur-Gesuch!**  
 Für den „Granschwiger Volksfreund“ wird ein **erster Redakteur** gesucht. Reflektanten wollen ihre Offerten mit näheren Angaben (ob Parteigenosse, bisherige Thätigkeit etc.) und Gehaltsansprüchen an den Unterzeichneten gelangen lassen. 1976L  
**Der Verlag des „Granschwiger Volksfreund“.**

Sieben für das **Neue Männerchöre** arbeitende Volk.  
 erschienen:  
**Scheu, Jos., Der Schrei der Plage** . . . Part. 1 M., Stimme 1 M.  
 — Lied der Arbeit . . . 40 Pf. „ 60 Pf.  
 — Herbstlied eines Chinesen . . . 40 „ „ 60 „  
 — Wir und Sie . . . 40 „ „ 60 „  
 — Der Freiheit eine Gasse . . . 40 „ „ 60 „  
 — Gesang der Jungen bei Annäherung der Alten . . . 40 „ „ 60 „  
 — Morgenruf . . . 1 M. „ 1 M.  
 Obige Kompositionen sind Repertoirelieder aller österreichischen Arbeiter-Vereine. Anschließenden gestattet. — Katalog bitte zu verlangen. 1986L

**J. Günther, Verlag und Sortiment, Dresden.**  
 Wegen Verzug nach dem Auslande vermietete Wohnwohnung I. v. 2 Stub., Küche, gr. Korz. für 345 M. und verlämte auch m. ganze Wirthsch. Nrh. bei 1977) **Sitzener, Chausseestr. 51.**  
**Erjarter Schuhwaren** m. Kontroll-Markle hält stets vorräthig **Alb. Gensfelder, Hermann-Platz 8.** 1894b  
**Damen-Modengarderobe** verleiht **Jacobi, Chausseestr. 99 IL** 1898b  
**Der „Wahre Jakob“.** Gesucht wird Nr. 2 des „Wahren Jakob“. Gest. Offerten an die Verlagsbuchhandlung des „Vorwärts“, Beuthstr. 2, Hof recht part.  
 2 billige Vorderwohnungen mit Kofet u. Wasserl., 2 St. u. R. 75 Thlr., 1 St. u. R. 60 Thlr. p. 1. April **Rigdorf, Prinz Handjerystr. 50.** 1898b

**Gratweil'sche Bierhallen.**  
 Kommandantenstr. 77-79.  
 Heute sowie täglich:  
 Auftreten der **Hamburger Gaudebrüder**  
 Konzert- und Kaudleisänger.  
 Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. Entree: Wochentags 10 Pf., Sonntags 25 Pf.  
 Empfehle meinen berühmten Mittags-Nach à la Duval, 3 Regelbahnen u. 6 Billards, 2 Säfte. 1169L

**Stabliement Ruggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Täglich:  
**Unterhaltungs-Musik.**  
 Direktion A. Rüdmann.  
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. Grober Frühstücks- und Mittagstisch. Spezial-Auswahl von Bayernhofer Export-Bier, Seidel 15 Pf.  
 611 **F. Müller.**

**Castan's Panopticum**  
 Friedrichstr. 163a, Ecke Wegrenstr.  
**Neu:**  
 Die fliegende **Geigen-Fee.**  
 Lebend, ohne Extra-Entree. Neueste musikalische Illusion. Vorstellungen: 12 Uhr u. 1 Uhr. — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.  
 Kolossal-Gruppe: Banern-Aufstand! Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.  
 Gedöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Passage-Panopticum.**  
 Lebensgroße **Wachsguren und Gruppen, Dioramen.** Sündfluth: Panorama mit Gewitter.  
 Im Theater-Saal (ohne Extra-Entree): Täglich v. 6 Uhr ab Vorstellung von Spezial. I. Rang. Entree 50 Pf.

**Viel neue Spezialitäten.**  
**La belle Irene,**  
 die tätowirte Amerikanerin in **Pränscher's anatomischem Museum**  
 nur noch kurze Zeit Kommandantenstr. Täglich für erwachsene Herren.  
**Dienstag und Freitag für Damen.**

**Wo speisen Sie?**  
 In der alt. pommer-schen Küche, Oranienstr. 181, Hof pt. Bei **Heinr. Frühf.** 50 Pf. Mittagstisch mit vier 50 Pf., Abendstisch von 30 bis 50 Pf., nach Auswahl. 1896E  
 Gesunde billigen Mittagstisch. Gut zubereitete Gemüße, Wehl-, Milch- und Eiergerichte bietet das **Vegetarische Speisehaus** von J. Schramm, Chausseestraße 13, 1 Tr.

Ein großer Saal ist noch einige Tage in der Woche frei, auch Sonntags. **Bühnen's Brauerei, Frey-lauer Thor.** 1867b  
 Vereinszimmer mit Pianino für 15 bis 20 Personen zu verg. d. **Schinke, Schönhauser Allee 158 a/b.** 1870b  
 20 M. Portemonnaise verl. Montag Abend in der Volksversammlung auf Livoli. Bitte den ehrl. Kinder, es in der Exped. abzug. 1878b

**Circus G. Schumann.**  
 Friedrich-Parl-Platz, Ecke Pariserstr.  
 Heute Abend 7 1/2 Uhr: **Große Brillant-Vorstellung.** Aus dem reichhaltigen Programm sind besonders hervorzuheben: **Stache Fahrchule** mit 12 Schulpfordern ger. v. 3 Damen und 3 Herren. **Mr. Jos. Hodgini** als Jongleur. Komisch-gymnastisches Entree der Gebr. Chlanochi. **Amazonen-Quadrille**, ger. von 16 Damen. **Miss Edith Adams**, als engl. Jockey. Der Frosch, mimische Szene des Herrn **H. v. Bergh.** **Mr. Victor Bodini** als Sportman, stehend zu Pferde. **Salifag**, arabischer Schimmelhengst, in Freiheit vorgeführt von Herrn **Ernst Schumann.** Komisches Entree des beliebten Klown **Little Fred.** Zum Schluß der Vorst.: **Berliner Leben.**  
**Große Wasser- und Feuer-Pantomime** in 2 Abtheilungen mit 9 Bildern. Neues Schlusstableau: „**Berolina im Feuer.**“  
 Morgen: **Gr. Sports-Vorstellung** mit vorzüglich gewählt. Programm. Erstes Auftreten des anerkannt besten Schulreiters der Zeit, **Mr. James Pillis.** Zum letzten Male: „**Berliner Leben.**“

**Arbeiter-Bildungs-Schule.**  
 Heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr, bei **Nordert, Beuthstr. 21/22:**  
**2. Cyclus-Vortrag**  
 des Herrn **W. Bölsche**, über: **Die Entwicklungsgeschichte der Erde** von der Urzeit bis zu den Anfängen menschlicher Kultur, als Grundlage einer freien Weltanschauung.  
 Gäste haben Zutritt gegen 20 Pf. Entree. — Aufnahme neuer Mitglieder. 431/5 **Der Vorstand.**

**Kranken- und Sterbekasse der Böttcher Berlins.**  
**General-Versammlung**  
 am Dienstag, 16. d. M., Ab. 8 1/2 Uhr bei **Geise, Lichtendbergstr. 21.**  
 Tagesordnung:  
 1. Wahl von 5 Vorstandsmitgliedern (3 Arbeitgeber und 2 Arbeitnehmer). 195/8  
 2. Verschiedenes. — Sämmtliche Arbeitgeber aller Mitglieder ist notwendig.  
**Der Vorstand.**

**Achtung! Korbmacher!**  
 Ausserordentl. **General-Versammlung**  
 des Verbandes deutscher Korbmacher (Zirkale Berlin) am Donnerstag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei **Koll, Adalbertstraße Nr. 21.**  
 Tagesordnung:  
 1. Stellungnahme zum angeforderten Lohnabzug der Reichs-Verhältnisse. 2. Verschiedenes. — Sämmtliche Arbeitgeber der Branche sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen. 188/16  
**Der Vorstand.**

**Achtung!**  
 Ich fordere hiermit den Kohlenhändler **Hartmann**, zuletzt Hagenstr. 29 wohnhaft, auf, mit mir die letzten 3 Telleransammlungen und sämtliche Listen von der Kommunalwahl anzurechnen.  
 Ferner ersuche ich alle diejenigen, welche noch Gelder von der Kommunalwahl in Händen haben, dieselben an mich abzuliefern.  
 Auch ersuche ich den Schlosser **Richard Herbst** um seine Wohnung, **Paul Neitmann, Wollinerstr. 16.**  
 Maschinenstühle verleiht bill. **Reichlerstr. 1, 4 Tr.** 1862b

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise innigster Theilnahme und die reichen Krankschenden bei der Beerdigung meines Sohnes **Reinhold** sage ich allen Theilnehmern, insbesondere seinen Hannoveraner Kollegen meinen aufrichtigen Dank. 1872c  
**Wittwe Krause nebst Kindern.**  
**Dankfagung.**  
 Allen Freunden und Bekannten für die rege Theilnahme und Blumenpende bei der Beerdigung meines durch Sturz verunglückten Raumes, insbesondere dem Herrn **Freidiger** Bithoren und dem **Männer-Gesangsverein** Viebes-Gew unsern herzlichsten Dank. 1868j  
**Wittwe Krause nebst Kindern.**

**Dankfagung.**  
 Sollte aus irgend welchen Gründen am Donnerstag, den 11. Februar, der Nationalökonomie-Unterricht in der Oeffentliche, Marktstraße 31, ausfallen, so bitte ich alle Schüler dieser Stunde trotzdem zu erscheinen, um etwas Wichtiges zu besprechen. 1864b  
**J. A.: Friz Wiente.**

**Künstliche Zähne 2 Mark.**  
 Plomben von 1.50 M. an. Schmerzloses Zahnziehen 1 M. Sprechstunden 8-7 Uhr. Zahnarzt **Robert Wolf**, Chausseestr. 123, am Oranienb. Thor.

**Achtung! Kein Laden.**  
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. **Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg. 1785L**  
**H. F. Piniolage, Rotbuserstr. 4, Hof part.**

**Größtes Lager Berlins**  
**Rinderwagen.** Andreasstr. 233 d. v.  
 Ein ggb. Gränke., Holz u. Kohlen-Gesch. m. Rolle z. vt. **Weberstr. 59 i. R.**  
 Bither-Unterr., Bitherl., Dresdenerstr. 98. 1292b

**66. Resterhandlung.**  
 Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammergarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl zu Paletotstoffen, sowie zu Damen-Wintermänteln, Jackets, Douale, Bläsch, Pelz, Krimmer, Atlas, Seide, Sammt und Epigen. 1911L  
 Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge. **66. Karle, Waldemarstrasse 66.**

**Gewandte Herren** wünschen wir als Agenten zur Vermittelung von **Militärdienst- und Aussteuer-Versicherungen** gegen hohe Provision event. **Figur** anzustellen. 473M  
**Sub-Direktion der „Hannoversa“, Oneisenstr. 70, I.**  
 Unverheiratheter Maschinist sucht sofort Stellung. **T. Riese, Prinzenstr. 19.**

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung vom 9. Februar 1892. 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: v. Bötticher, Thielens. Eingegangen ist der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für das Geschäftsjahr 1891.

An Stelle des aus dem Amte geschiedenen Abg. Porsch wird auf Antrag des Abg. Die den der Abg. Gröber durch Zuzug zum Schriftführer gewählt.

Das Haus geht darauf die zweite Verathung der auf die Invaliditäts- und Altersversicherung, sowie auf das Reichs-Versicherungsamt bezüglichen Ausgabeteile aus dem Etat des Reichsamtes des Innern fort, wozu die Anträge Rösler und Auer auf baldigste Vorlegung einer Novelle zum Unfallgesetze vorliegen.

Abg. Rösler (Wid): Die Einrichtung eines Museums zur Aufbewahrung von Modellen und Apparaten für Zwecke der Unfallverhütung hat der Staatssekretär von Bötticher in dankenswerther Weise zu fördern versprochen. Den Grundstock dazu sollen nicht etwa nur die von der allgemeinen deutschen Versicherung für Unfallverhütung vertriebenen Reste bilden, es ist vielmehr schon 1887 durch die Initiative des Reichs-Versicherungsamtes eine solche Sammlung bereits angelegt. Wir dürfen in dieser Hinsicht hinter Oesterreich nicht zurückbleiben. Was die Anträge Auer betrifft, so sind sie gegen die ursprünglichen von 1890 zeitgemäß reformirt worden, namentlich was die damals bestrafte Verletzung der Unternehmer für gewisse Delikte betrifft. Die übrig gebliebene Bestrafung von Unternehmern, welche die Kosten der Versicherung auf die Arbeiter abwälzen, billigen auch die Berufsgenossenschaften; bekanntlich ist noch kein derartiger Fall nachgewiesen worden. Alle die in dem Antrag jezt aufgeführten einzelnen Punkte aber genügen allein nicht zur Abänderung des ganzen Gesetzes, und die Berufsgenossenschaften haben deshalb auch das Bedürfnis einer Reform des Gesetzes vor der Ausdehnung desselben auf Handwerk und Handelsbetriebe im vorigen Jahre verneint. Aus der gestiegenen Zahl der Refuse läßt sich kein Vorwurf für die Berufsgenossenschaften herleiten, wie ihn der Abg. Grilleberger gegen die Unparteilichkeit der Berufsgenossenschafts-Vorstände und der Schiedsgerichte erhoben. Die Zahl der Refuse und das Steigen dieser Zahl erklärt sich auch dadurch, daß das Verfahren ganz unentgeltlich ist. (Zuzug von den Sozialdemokraten.) Ich will daran nicht Geringsetztes ändern haben. Nur 4,6 pCt. aller Entschiede der Schiedsgerichte sind durch das Berufungsverfahren abgeändert worden. Das die Berufung bezw. Neuwahl von Arbeitgeber-Beisitzern für das Reichs-Versicherungsamt betrifft, so wird sich für die Zukunft allerdings eine Abänderung des betreffenden Paragraphen des Gesetzes empfehlen, um auch formell die Sache unanfechtbar zu machen. Der Wunsch, daß die Beisitzer aus der Arbeitnehmer-Klasse ebenfalls vermehrt werden, ist nur gerechtfertigt. Die Frage der Kollision zwischen Reichs-Versicherungsamt und Landes-Versicherungsämtern ist doch nicht ganz mit Unrecht aufgeworfen worden. Jedenfalls aber kann nicht von der Aufhebung des Gesetzes, sondern nur von der Abänderung und Verbesserung die Rede sein. Die große Masse der Arbeiter will die Abschaffung nicht; das würden die Wahlen zeigen, wenn man diese Frage zur Entscheidung stellte.

Staatsminister v. Bötticher: Für das Museum für Unfallverhütung steht gegenwärtig ein Raum nicht zur Verfügung, es ist aber in dem Neubau des Reichs-Versicherungsamtes ein Theil der Räume dafür reservirt worden. Die Frage der Abänderung des § 87 des Unfallgesetzes, welcher von den Wahlen der Beisitzer handelt, will der Vorredner durch einen gesetzgeberischen Akt beseitigen. Ich bin an sich nicht dagegen, bemerke aber, daß ich nach den Akten absolut nicht das Reichs-Versicherungsamt zu einer Ungefehllichkeit verleitet hätte; die Entscheidung war dem Amte ausdrücklich von mir überlassen worden. Ich bin noch heute der Meinung, daß dieser Paragraph so interpretirt werden kann, daß über die Zahl von zwei Stellvertretern hinaus Stellvertreter gewählt werden können; es ist das allerdings eine Auffassung praeter legem. Es hat nun aber gestern schon ein solcher Vertreter zum ersten Male gesessen. Außerdem muß dann gleichzeitig auch die Beteiligung der Bundesratsmitglieder anderweitig geregelt werden. Die gestrigen Ausführungen des Herrn Dr. Hirsch hielten mir unter andern die Obenunterstützung bei der sozialdemokratischen Partei in Aussicht. Ich danke für die gute Meinung, glaube aber, daß die sozialdemokratische Partei es sich noch sehr überlegen wird, und es scheint mir außerdem, daß die Annahmen des Herrn Hirsch viel eher ihn dieser Ehre theilhaftig machen. (Widerspruch links.) Ich kann nicht auf jede Behauptung, die im Reichstag fällt, antworten, sondern muß mich auf das Wesentlichste beschränken. (Weiterer.) Die Sozialdemokraten haben gegen das Gesetz gestimmt, wenn jezt Herr Grilleberger das Gesetz freudlich ansieht, soll da nicht mehr Freude sein über einen Säuber, der Wege thut, als über hundert Gerechte? (Weiterer.) Steht das nicht schon im Alten Testament? (Große Heiterkeit.) Wenn Herr Hirsch über die Steuerlast klagt, so geht er doch zu weit, wenn er für diese Abgabe eine Entlastung aus der andern Seite begehrt. Wo soll denn die Entlastung herkommen? Von der angeblich im Lande herrschenden Unzufriedenheit bin ich nicht überzeugt; nur in einigen Zeitungen schreibt man dagegen, in einzelnen Versammlungen beschwert man sich über einzelne Bestimmungen des Gesetzes. Dem Gedanken des Gesetzes wird durch aus im Volke Beifall gezollt. Was heute an Unzufriedenheit gegen große Gesetzgebungen sich geltend macht, ist reines Kindergeciß gegen die Widerstände, welche früheren Gesetzgebungen von solch großem Umfange, wie z. B. der Erbunterthänigkeit, entgegen gestellt worden. In wenigen Jahren wird man den Widerstand gegen dies wohlthätige Gesetz gar nicht mehr verstehen. (Beifall.)

Abg. Schrader (Dr.): Die Wahl von zwei Stellvertretern für jeden Beisitzer im Reichs-Versicherungsamt ist ausdrücklich vorgeschrieben und eine Interpretation praeter legem ist hier ganz unzulässig, ebenso wie es unzulässig ist, diejenigen als gewählte Erweiterungsbeisitzer einzuberufen, welche bei der früheren Wahl nach den Gewählten die meisten Stimmen bekommen hatten. Leider fehlt gegen diese falsche Zusammensetzung des Gerichts jedes Rechtsmittel, wie es beim Ober-Verwaltungsgericht besteht. Die gesetzliche Bestimmung muß beobachtet und möglichst schnell remedur geschaffen werden. — Ich halte persönlich auch den jeztigen Zeitpunkt für eine Revision des Unfallgesetzes noch zu früh, doch werden meine Freunde sich dem Antrage auf Vorlegung einer Novelle nicht widersetzen.

Abg. Hartmann (L.) erklärt sich gegen den Antrag der Sozialdemokraten, der zu viel und zu wenig verlange, und empfiehlt die Annahme der allgemeinen Resolution. Die Annahme einer Novelle zum Unfallgesetz für die nächste Session begrüßt Redner mit großer Freude. Die Auslegung des § 87 des Unfallgesetzes praeter legem sei bedenklich; besser wäre es, diesen § 87 für sich schon jezt im Wege der Gesetzgebung zu ändern.

Abg. Wurm (Soz.) Die Ausführung der Gesetze, über die hier jezt 3 Tage lang gesprochen worden ist, hat sich in der Praxis wegen der verfehlten Konstruktion derselben so schwierig gestaltet, daß man jezt genöthigt ist, praeter legem zu arbeiten oder wie man im gewöhnlichen Leben sagt, mit dem Aermel das Gefängniß zu streifen, indem man an dem Gesetze vorbeiwischt. Freilich ist bei Erlass des Gesetzes versprochen worden, daß die Quittungsart kein Arbeitsbuch sein soll; ganz ungeschicklicherweise erläßt jezt der Bundesrath eine Verfügung, welche das Quittungsbuch zum obligatorischen Arbeitsbuch macht. Wenn der wagerechte schwarze Strich als Entwertung nicht brauchbar war, durfte der Bundesrath nicht das erste beliebige andere System vorschlagen. Dagegen müssen wir ganz energisch protestiren. Die Datumvertragung ist im Gesetz nicht vorgesehen. Die Marken müssen so hergestellt werden, daß sie, wenn einmal aufgelegt, vernichtet würden, wenn man sie wieder abzulösen versucht. Die russischen Briefmarken sind in dieser Weise präparirt. Wir verlangen von der Regierung eine Erklärung darüber, ob diese Rückwärtsveränderung Gesetz bleiben soll. Besonders aber muß protestirt werden gegen die Geflohenheit mancher Versicherungsanstalten, von vornherein von dem auf Invalidenrente Anspruch Erhebenden ein ärztliches Attest zu verlangen; das Gesetz schreibt das ebenfalls nicht vor, sondern verlangt nur, daß, falls die Beweismittel nicht genügen, auf Kosten der Anstalt ein weiteres Zeugniß beschafft werden soll. Hier werden die Kosten einfach dem Arbeiter aufgebürdet. Auch hier verlangen wir eine bindige Erklärung von der Regierung. Die Ausführungen des Abg. Rösler hatten die Tendenz, dem Arbeiter die Schuld an der Mehrzahl der Unfälle beizumessen. Herr Rösler übersteht aber, wie heute der Arbeiter überanstrengt wird. Wie die meisten Unfälle in die letzten Dienststunden fallen, wo der Arbeiter abgepannt und matt ist. Im Weiteren beschwert sich der Redner über einige nach seiner Meinung ebenfalls ungeschickliche Auslegungen des Unfallgesetzes; den Beschwerden gebührt schnelle Abhilfe, wenn die beteiligten Arbeiter überhaupt etwas von dem Gesetz haben sollen. Wir verlangen deshalb die Erledigung unserer Anträge jezt und nicht erst, wenn es Ihnen geällig ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Abgg. Holz (Rp.), Grilleberger und v. Stumm bedauern, durch den Schluß der Diskussion nicht mehr zum Wort gelangen zu können.

Die Ausgaben für die Altersversicherung und das Reichs-Versicherungsamt werden bewilligt, der Antrag Auer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Theils der Freisinnigen abgelehnt, die Resolution Rösler einstimmig angenommen.

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Vorlage über die österreichischen Thaler, Stat.)

gebracht sind, daran zweifelt Niemand. Im Orient sind solche Fälle sehr häufig. Ich erinnere an den Fall Bernstein; der Mann wurde für unzurechnungsfähig erklärt; das ist das beste Mittel, um solche Dinge aus der Welt zu schaffen. (Widerspruch links.) In allen Fällen, wenn der Prozeß vorüber ist, findet man merkwürdiger Weise niemals den Schuldigen. (Zustimmung rechts.) Der Fall Buschoff ist nicht der einzige, welcher Beunruhigung hervorgerufen hat. Ich nenne die Fälle Bleichröder, Liebmann und Morris de Jonge. Ich will die Fälle nicht eingehend sachlich behandeln, sie stehen theils unter richterlicher, theils unter disziplinarer Verhandlung; ich will bis zur dritten Lesung warten. Nach allen diesen Fällen hat die Justizverwaltung ungenügend geäußert, sich auf die Sache einzulassen und erst durch das Drängen der öffentlichen Meinung, durch Volksversammlungen, Petitionen u. s. w. ist die Justizverwaltung gezwungen worden, darauf einzugehen. Daraus ist die Meinung aufgetaucht, daß man die Dinge nachsichtiger behandelt, wenn es sich um Juden handelt. Nehmen Sie Fall Bleichröder (Aha! links). Von der schmutzigen Ehebruchsgeschichte will ich nicht sprechen, auch von dem Meineid nicht. Aber die Broschüre Ahlwardt's mußte verfolgt werden, weil darin hohe Staatsbeamte dargestellt wurden als Personen, welche dem Juden Bleichröder keine Gefälligkeiten erwiesen haben. (Sehr richtig! rechts.) Im Fall Liebmann liegt die Sache ebenso: der Fall wurde von der Justizverwaltung ignorirt, bis die Zeitungen darauf drangen. Ich will über einen Gerichtshof, der am Sonnabend gefessen hat, nichts sagen. Aber das Urtheil über Liebmann und das Urtheil vom Sonnabend neben einander gestellt, das ist von monumentaler Bedeutung. Im Falle Buschoff hat die jüdische Presse selbst erzählt, der Kriminalkommissarius sei mit 700 M. bezahlt und bei der Vernehmung ist der Synagogenvorsteher zugezogen worden. Ich bitte den Minister in allgemeiner Weise über diese Fälle Aufklärung zu geben. Diese Erörterung ist um so nothwendiger als wir der Thatfache gegenüber stehen, daß unter dem Ministerium Schelling die Justiz für das Judenthum ungemein erweitert wird. (Widerspruch links.) Im Widerspruch mit der erwachenden Volksmeinung kommen die Juden jezt in die höheren Stellungen. Das ist eine Volksfrage, die nicht nur die Antisemiten bewegt, sondern weit bis in die Kreise der besonnenen Richter hineingeht. (Widerspruch links.) Es ist um so nothwendiger, hier Klarheit zu schaffen, weil es bei uns Leute giebt, welche als Schächer des immer unerträglicher werdenden Judenthums auftreten. Ich kenne mein Volk (Zuzug links: Ihr Volk!), ich kann sagen, die Juden-Schaktruppe findet im Volk keinen Anklang. (Lachen links; Zustimmung rechts.)

Justizminister v. Schelling: Der Knabe wurde ermordet gefunden, durch einen kräftigen Schnitt am Halse war der Tod herbeigeführt; aber der Schnitt war nicht derjenige, der beim Schächten nach jüdischem Ritus angewendet wird. Der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter haben strenge Untersuchungen angestellt; die jüdischen Bürger haben sich daran betheiligert; die jüdische Gemeinde hat die Kosten für die Heranziehung von Kriminalkommissarien getragen. Buschoff wurde wegen vorliegender Verdachtsmomente verhaftet, nach bemeldeter Untersuchung aber freigelassen. Um die Akten zu studiren, habe ich einen Rath nach Gleve entsandt. Herr Richter hat selbst die Annahme von der Hand gewiesen, daß ich unter dem Drucke von Volksversammlungen gehandelt hätte; diese Kundgebungen sind erst nach der Abendung des Raths mir bekannt geworden. Neuerdings ist ein neues Belastungsmoment für Buschoff zu Tage getreten, welches aber in keiner der verbreiteten Druckschriften und in keiner Volksversammlung bekannt geworden ist. Deshalb ist Buschoff nochmals verhaftet. Das Gericht wird darüber zu beschließen haben, ob er verhaftet bleiben soll. Es liegt kein Grund zu irgend einer Beunruhigung vor. Die Entscheidung wird demnächst gefällt von preussischen Richtern, deren Unparteilichkeit und Unbefangenheit ihnen seit Jahrhunderten angeboren ist. Herr Stöcker hat noch andere Straffälle erwähnt, wo erst unter dem Druck der öffentlichen Meinung ein Einschreiten der Gerichte erfolgt ist. Ganz merkwürdig ist, daß Herr Stöcker den Fall Bleichröder vorgebracht hat. Die Denunziation ist vor 9 Jahren eingereicht. Es handelt sich um ein Schriftstück, das von der klagenden Seite nicht vorgelegt werden konnte, weil es verloren sein sollte. Das Schriftstück stammte aus dem Jahre 1869. So gering nun die Aussicht war, daß durch Zeugenaussagen der Inhalt eines solchen Schriftstückes festgestellt werden konnte, ist die Staatsanwaltschaft doch zur Untersuchung geschritten. Aber die Anklage ist nachher in allen Instanzen abgewiesen worden. Dieser Fall ist in leidenschaftlicher Art in einer Broschüre besprochen worden. Es ist bedauerlich, daß solche Schriften, welche nur dem Rißel der Reugierde und der Schadenfreude des Publikums dienen, einen solchen Absatz in gewissen Kreisen finden, während die Nachfrage nach guten Schriften sehr gering ist. Herr Stöcker sollte doch so viel von unserem Strafrecht wissen, daß wegen Beleidigung nur auf Antrag eingeschritten werden kann. Es sollte auch wohl nur der Fall Bleichröder noch einmal zur Sprache gebracht, nicht die Bestrafung des Herrn Ahlwardt verlangt werden. Die nochmalige Untersuchung hat dazu geführt, daß auch die Ahlwardt'sche Broschüre keinerlei Mittel bietet, das verloren gegangene Schriftstück zu ermitteln.

Ueber den Fall Liebmann hat Herr Stöcker geurtheilt, ohne die Akten zu kennen. Sofort nach Bekanntwerden des Falles ist die Frage aufgeworfen, was gegen Liebmann zu geschehen habe.

Abg. Runkel (Dr.): Das Drängen der Volksversammlungen ist verwerflich, weil die Versammlungen einschließlic ihrer Führer die Dinge nicht kennen, man kann nur dankbar sein, daß das Drängen der Volksversammlungen keine Wirkung gehabt hat. Erfreulich war mir der Satz aus der Rede des Herrn Stöcker, daß wir vom Ritualmorde nichts mehr hören werden. Ich hoffe er hält Wort. Er hat sich nur verbreitet über den Fanatismus im Orient und in Korsika. Aber den Fall Bernstein hat er doch behandelt, als wenn es sich um rituelle Handlungen handle. Seine Zweifel an der Unparteilichkeit der Gerichte sind sehr bedenklich. Wenn er glaubt, man werde das Ministerium Schelling als ein Judenministerium bezeichnen, so befindet er sich im Irrthum; von anderer Seite hat sich noch Niemand darüber beklagt. (Widerspruch rechts.) Unbegreiflich bleibt die Anklage doch, trotzdem die Herren Chorus mit Herrn Stöcker machen; denn die Klage geht nur dahin, daß den Juden kein Unrecht angethan wird, bevorzugt werden sie ohnehin nicht. Wo der Thäter ein Jude sein soll, da ist er in den Volksversammlungen schuldig und alle Juden mit ihm. Was sollte daraus werden, wenn für alles, was Herr Stöcker sagt, alle Christen verantwortlich gemacht werden sollten. Die Antisemiten stehen auf demselben Standpunkt, wie in China die Chinesen. Redner geht dann auf den Fall Brausewetter u. s. w. ein, bei dem es sich um Antisemitismus nicht handle. Das Gesetz verbietet, daß die Meinung des Gerichts über einen Fall zum Ausdruck kommt; es soll nur die Rechtsbelehrung ertheilt werden. Wenn trotzdem der Schourgerichtspräsident darüber hinausgeht, so ist das eine Mißachtung der Geschworenen. Wenn ein Präsident davon spricht, daß er die Verteidiger beneide um ihre Ueberzeugung von der Unschuld des Angeklagten, so ist das bedenklich. Wenn ein Verteidiger in ähnlicher Weise den Präsidenten orientiren möchte! Ueber diese Dinge ist eine ausführliche Beschwerte seitens der hiesigen Anwaltskammer dem Minister unter-

Abg. Stöcker (L.): Ich habe über den Fall Buschoff noch nie ein Wort in einer öffentlichen Versammlung verloren. In liberalen Versammlungen findet man einen Ansturm gegen die Christen, daß Herr Richter vor seiner eigenen Thüre lehren sollte. Wenn das wahr ist, daß Buschoff gestern von Neuem verhaftet ist, so zeigt das deutlich, daß eine solche öffentliche Bewegung nöthig war, (hört!) daß die Justizverwaltung bei der früheren Verhaftung etwas verkannt hat. Von einem Ritualmord spreche ich nicht; ich warne auch meine Freunde davor. Aber es handelt sich nur um einen Ausdruck. Das aus Aberglauben und Fanatismus Christen, namentlich Christenkinde von Juden un-

Abgeordnetenshaus.  
14. Sitzung vom 9. Februar, 11 Uhr.  
Am Ministertische von Schelling und Kommissarien.  
Auf der Tagesordnung steht der Etat der Justizverwaltung; Referent ist Abg. Bötticher.  
Die Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt.  
Beim ersten Titel der Ausgaben: Gehalt des Ministers, erhält das Wort

Abg. Richter (Dr.): Ich will die Aufmerksamkeit des Justizministers auf eine Frage richten, welche seit mehreren Monaten die Öffentlichkeit erregt: Ich meine den Fall Buschoff. Ich will in die Gerichtsverhandlungen nicht eingreifen, ich bin dazu nicht unterrichtet genug. Ich will nur verbinde, daß eine bestimmte Partei aus dem Fall Kapital schlägt zu Ungunsten unserer jüdischen Mitbürger. Für den Knabenmord in Kanten wurde ein jüdischer Schächter verantwortlich gemacht; man hegte gegen die jüdischen Bürger von Kanten und bezeichnete den Mord als einen Ritualmord. Es wurden dieselben Bilder verbreitet, wie in Corsika. Die städtischen Behörden warnten vor Ausschreitungen; es sind auch mehrere Einwohner von Kanten wegen Gewaltthätigkeit bestraft worden. Den jüdischen Mitbürgern blieb nur übrig auszuwandern oder die Verkleinerung der Untersuchung zu verlangen. Die jüdische Gemeinde wandte sich mit der letzteren Forderung an das Ministerium; es wurde ein Kriminalkommissarius von Berlin nach Kanten geschickt. Die Familie Buschoff wurde verhaftet, aber auf gemeinsame Veranlassung des Staatsanwalts und Untersuchungsrichters wieder entlassen. Seitdem geht die antisemitische Bewegung los und sucht in den Prozeß einzugreifen und die alte Fabel (Widerspruch rechts) vom Ritualmord wieder aufzuwärmen. In verschiedenen Volksversammlungen suchte man einen Druck auf den Justizminister auszuüben. Das könnte schon werden, wenn die Volksversammlungen auf Grund des Vortrages eines beliebigen Mannes, und wäre es auch eine Autorität der Antisemiten, zu Gericht sitzen wollten über die Handlungen der Richter und Staatsanwälte. Ich halte es für nothwendig, daß nicht nur von unserer, sondern auch von der rechten Seite Protest gegen ein solches Treiben erhoben wird. Eine Broschüre über diese Frage bemittelt sich auf die „Kreuz-Zeitung“ und leider auch auf die „Germania“; diese Broschüre wurde in der Versammlung, in welcher Stöcker den Hauptvortrag über das Volksschulgesetz hielt, vertheilt. Der Justizminister hat einen Rath nach Kanten geschickt, um die Sache zu untersuchen. Ich nehme an, daß die Drohung der Antisemiten nicht der Grund dafür gewesen ist. Die „Kreuz-Zeitung“, welche das Hauptblatt der Konservativen ist (Sehr richtig! rechts)... Herr Stöcker ist ja der Hauptführer der Partei und es wird nur zur Klarheit beitragen, wenn die Konservativen, wie Herr Ahlwardt verkündigte, den Antisemitismus in ihr Programm aufnehmen werden; die „Kreuz-Zeitung“ verlangt die Veröffentlichung der Untersuchung über den Ritualmord; was denken die Juristen über einen solchen Geschäftsgang. Das alberne Märchen vom Ritualmord, welches in die finsternen Zeiten des Mittelalters hineinreicht, wird in der „Kreuz-Zeitung“ aufgewärmt. Bischof Kopp hat es für eine zurechtliche Unwahrheit erklärt, daß die Juden Christenblut zu rituellen Zwecken gebrauchen. Schon die Päpste haben sich ebenfalls dahin ausgesprochen. Die Bewegung gegen die Christen in China ist entfallen, weil man glaubte, daß die Christen aus den Augen, Herzen u. s. w. von Leichen Medicamente verfertigen. Das sind dieselben Waffen, welche die Antisemiten gegen die Juden gebrauchen. Ich mache mir keinerlei Urtheil über den Fall selbst an; ich habe Vertrauen zum Gange unserer Justiz, sie wird den Schuldigen ermitteln. Aber ich lege Verwahrung dagegen ein, daß Volksversammlungen sich anmaßen in dieser oberflächlichen Weise in den Gang der Gerichtsverhandlungen einzugreifen.

Abg. Stöcker (L.): Ich habe über den Fall Buschoff noch nie ein Wort in einer öffentlichen Versammlung verloren. In liberalen Versammlungen findet man einen Ansturm gegen die Christen, daß Herr Richter vor seiner eigenen Thüre lehren sollte. Wenn das wahr ist, daß Buschoff gestern von Neuem verhaftet ist, so zeigt das deutlich, daß eine solche öffentliche Bewegung nöthig war, (hört!) daß die Justizverwaltung bei der früheren Verhaftung etwas verkannt hat. Von einem Ritualmord spreche ich nicht; ich warne auch meine Freunde davor. Aber es handelt sich nur um einen Ausdruck. Das aus Aberglauben und Fanatismus Christen, namentlich Christenkinde von Juden un-

man wozu. Ich möchte aber nur fragen, was der Justizminister thun wird, um künftig so flagrannte Verletzungen der Vorschrift über die Rechtsbelehrung zu verhindern. Jemand etwas nur geschrien.

Justizminister von Schelling: Es hat einen peinlichen Eindruck auf mich gemacht, daß ein Richter, welchem das verantwortungsvolle Amt eines Schwurgerichts-Vorsitzenden anvertraut ist, nicht davor geschüht ist, daß in der Landesvertretung eine absällige Kritik über ihn geübt wird, bevor er Gelegenheiten gehabt hat, sich über die Beschwerde auszusprechen. Die Beschwerde ist mir erst vor wenigen Tagen zugegangen. Ich habe sie dem Kammergerichts-Präsidenten zugehen lassen. Die Sache ist in den regelrechten Weg geleitet. Wenn Herr Mundel jetzt schon wissen will, was ich zu thun denke, so kann ich eine allgemeine Auskunft nicht geben. Die Befugnisse der Justizverwaltung sind dermaßen beschränkt, daß der Minister nicht befugt ist, einem richterlichen Beamten irgend eine Rüge zu erteilen.

Abg. Freytag (B.): Der Kantener Mord hat eine große Beunruhigung in der dortigen Gegend hervorgerufen. Ich will auf die Einzelheiten nicht so weit eingehen, wie Herr Nidert, zumal der Justizminister mitgeteilt hat, daß Buschoff wiederum verhaftet ist. Ich werde nunmehr abwarten, was die Gerichte entscheiden; ich habe eine Hoffnung, daß nämlich das Gericht die Sache öffentlich verhandeln wird zur Beruhigung der Bevölkerung.

Abg. Brandenburg (B.): Ich will nur meine Freude aussprechen darüber, daß der Justizminister erklärt hat, er wolle für die Vermehrung der Richterstellen eintreten, und daß er dabei beim Finanzminister so großes Entgegenkommen gefunden hat. Wenn der Justizminister entschädlich geordnete Richterstellen einziehe, so sei das vielleicht eine Ursache der zehnjährigen Erfahrung, die man jetzt hinter sich habe. Aber man geht dabei vielleicht etwas zu weit, wenn man z. B. beim Amtsgericht Osnabrück die Zahl der Amtsrichter von 6 auf 4 vermindert, d. h. auf den Stand, welcher 1852 für die Hälfte der jetzigen Bevölkerungszahl bestimmt war.

Abg. Lucius-Grunt (H.) bittet den Minister Erhebungen darüber anstellen zu lassen, ob nicht ein Mißbrauch des Armenrechts stattfindet, ferner empfiehlt er eine Vermehrung der Amtsrichter in Götting.

Geheimer Justizrath Vierhaus erklärt, daß die Justizverwaltung, wenn ihr Inhaltspunkte für den Mißbrauch des Armenrechts gegeben werden, die Sache näher untersuchen wird.

Abg. Krause (natl.): Ich will ganz sachlich die Verhältnisse kritisieren, nicht in der ganz unsachlichen und ungerichtfertigen Weise, wie Herr Stöcker es gethan hat, die von allen Parteien energisch zurückgewiesen werden muß. Ich identifiziere Herrn Stöcker nicht mit der konservativen Partei. Denn wenn es wahr wäre, daß eine öffentliche Bewegung erst notwendig war, so befänden wir uns in einer sehr schiefen Ebene. Wenn die Antisemiten aus der Schandliteratur etwas vorbringen gegen einen Juden, dann kann man doch durchaus nicht erwarten, daß die Justizverwaltung dagegen einschreiten soll; das muß man doch den betreffenden Privatpersonen überlassen. Hier handelt es sich nicht um eine Parteifrage, nicht um Philo-Semitismus oder Antisemitismus, sondern darum, ob ein so schwerer Vorwurf hier im Hause der Justiz gemacht werden darf. Sind verschiedene Fragen, welche zur Reichsgesetzgebung gehören, von der preussischen Justizverwaltung vorbereitet worden? Namentlich die Wiedereinführung der Berufung und die Entschädigung unschuldig Verurtheilter müßte endlich einmal gesetzlich geregelt werden. Es sollte etwas mehr Initiative in die Verwaltung kommen. Die Staatsanwälte haben Präferenzprivilegien verfolgt wegen groben Unfugs, was wirklich nicht der Aufgabe der Staatsanwälte entspricht, ebenso wenig wie die Verfolgung der Korruptoren und Maschinenmeister, welche an strafbaren Ereignissen theilhaftig waren. Der Minister sollte die Staatsanwälte anweisen, von solchen unnützen Anklagen Abstand zu nehmen.

Justizminister v. Schelling: Ich erkenne an, daß eine erhebliche Vermehrung der etatsmäßigen Richterstellen geboten ist. Ich befinde mich dabei in Uebereinstimmung mit dem Finanzminister, der mich ermächtigt hat, in seinem Namen die Erklärung abzugeben, daß, soweit es thöulich und soweit es die Finanzlage gestattet, dem Bedürfnis schon im nächsten Etat Abhilfe geschaffen werden soll.

Abg. v. Gerfa (konf.): Ueber den Standpunkt sind wir Alle einig, daß eine Vermehrung der Richterstellen notwendig ist. Die Zahl der Hilfsrichter ist doch nicht so hoch als man annimmt, wenn man nämlich das prozentuale Verhältniß in Betracht zieht.

Abg. Schmidt-Warburg (B.) schildert die Verhältnisse des Landgerichts I Berlin, bei welchem zahlreiche Hilfsrichter angestellt sind. Das hat auch schon zu mehreren Beschwerden geführt.

Geheimer Justizrath Eichholz erkennt an, daß nach dem Gesetze die Richter fest angestellt werden müssen; aber das Hilfsrichterthum könne man nicht ganz entbehren; denn erst müsse sich die dauernde Nothwendigkeit einer neuen Stelle herausgestellt haben, ehe eine solche im Etat eingestellt werden kann.

Abg. Mundel (Hr.): Was an Verbesserungen jetzt im Etat enthalten sei, sei für Berlin lange nicht ausreichend; es müsse mindestens vervielfacht werden. Es handle sich hier um ein dringendes Bedürfnis, welches manchem anderen Luxusbedürfnis des Etats vorangestellt werden müsse. Wer weiß, wann die Bereitwilligkeit des Finanzministers wieder vorhanden ist; der Justizminister sollte sie schleunigst ausnützen.

Geheimer Oberfinanzrath Lehner: Wenn der Zustand ein gefahrlicher wäre, dann müßte die Finanzverwaltung die Mittel beschaffen; aber die Ansicht, daß eine solche Geschwindigkeit vorliegt, ist wohl nicht die vorherrschende. Deshalb muß der Finanzminister auch fragen, ob die Mittel für die Befriedigung des Bedürfnisses, dessen Vorhandensein anerkannt wird, zu schaffen sind. Ob das im nächsten Jahre der Fall sein wird, muß ich dahingestellt sein lassen.

Abg. Eberhard (natl.): Ich wollte über die Hilfsrichter und über den Schaden, der aus ihrer großen Anwendung erwächst, sprechen. Nach der Erklärung des Justizministers und nachdem mein Freund von Gerfa seinen Widerspruch gegen die Resolution aufgegeben hat, kann ich nur bitten, dieselbe möglichst einstimmig anzunehmen.

Abg. Avenarius (natl.) erklärt sich für die Resolution, meint aber, daß man die Richter von mancher Arbeit, die auch minder gebildete Beamte erledigen könnten, entlasten müsse, z. B. von der Feststellung der außergerichtlichen Kosten.

Die Resolution wird darauf mit großer Mehrheit genehmigt und darauf um 4 Uhr die weitere Berathung des Justizetats bis Mittwoch 12 Uhr vertagt.

Kommunales.

Die Sonntagruhe im Handelsgewerbe war gestern Gegenstand der Berathung in dem zur Prüfung des Antrages Singer eingeleiteten Ausschusse der Stadtverordneten-Versammlung.

Berathung kann man es eigentlich nicht nennen, denn es stand von Anfang an fest, daß der Antrag abgelehnt werden müsse, erstens weil die liberale Bourgeoisie überhaupt Feindin einer Sonntagruhe — d. h. nur für das Personal, die Herren Chefs sehen schon, wo sie bleiben — ist und weil zweitens der Magistrat in seiner Weisheit der Stadtverordneten-Versammlung bereits den Weg gewiesen hat.

Es ist also eine richtige Rückzugslinien, welche nach dem Kühnen Ausmarsch des Liberalismus im Reichstage in Szene gesetzt wird.

Im Reichstag bezeichnet der Liberalismus es als eine Pflicht der großen Städte, die Sonntagarbeit durch Ortsstatut weiter einzuschränken, als das Gesetz allgemein bestimmt. Im Berliner Rathhaus donnert derselbe durch Magistrat und Ausschuss der Stadtverordneten-Versammlung vertretene Liberalismus: Ueber der Sonntagruhe des Personals steht die Existenz der Unternehmer.

Im Reichstag sprechen sich alle Parteien einschließlich der Deutschfreisinnigen einmütig dafür aus, durch Ortsstatut den Handlungsgehilfen und Lehrlingen eine längere als fünfstündige Sonntagarbeit zu schaffen; im Berliner Rathhaus bezeichnet man die Betonung dieser Einmütigkeit aller Parteien als „Redespiel“.

Diese beiden Redeperlen, welche aus dem Munde der liberalen Ausschussmitglieder und Magistratsvertreter fielen, sprechen ganze Wände über die liberale Arbeiterfreundlichkeit, und so erübrigt nur noch mitzutheilen, daß es nicht einmal gelungen ist, eine weitere Berathung zu erzielen — wozu ein sich seiner eigenen Parteigenossen schämender Führer der liberalen Majorität des rothen Hauses bereit war — sondern daß die große Majorität des Ausschusses die Ablehnung der Singerschen Anträge beschloß.

Etwa 10 pCt. aller bei der hiesigen Polizei zum Umtausch beim Anfang dieses Jahres eingereichten Alters- und Invaliditätsversicherungs-Karten haben sich als falsch resp. nicht ordnungsgemäß behandelt erwiesen. Es sind sowohl in Bezug auf die Entwerfung, als auch auf die Preishöhe und Art der benutzten Marken grobe Fehler seitens des Publikums gemacht worden. Es ist sogar vorgekommen, daß in die Altersversicherungs-Karten Zwanzigpfennig-Briefmarken eingeklebt worden sind; ebenso wurden Altersversicherungs-Marken aus den Provinzen, die durch irgend welchen Zufall nach hier gelangt sind, zum Einkleben in Berliner Karten verwendet. Im Allgemeinen ist von Bestrafungen der Kontravenienten abgesehen worden, da die meisten Vergehen auf Unkenntniß zurückzuführen sind; doch mußten nicht vorschriftsmäßige Karten neu erstellt werden. Im nächsten Jahre aber dürfte eine strengere Anwendung des Gesetzes stattfinden.

Der Allgemeine Arbeiterinnenverein sämtlicher Berufsweige Berlins und Umgegend feierte am 30. Januar sein erstes diesjähriges Wintervergügen. Das echte und rechte Arbeiterfest hielt die Teilnehmer bis zum frühen Morgen beisammen.

Das neue Mittel gegen Krebs, welches der Kralauer Professor Adamkewicz vor einiger Zeit entdeckt haben wollte, hat nach den Angaben des genannten Herrn einen wirklichen Erfolg davongetragen. Wenigstens stellte Herr Adamkewicz in der letzten Sitzung der Wiener medizinischen Gesellschaft, die sich schon zu wiederholten Malen mit diesem wichtigen Gegenstand beschäftigt hat, eine Kranke vor, welche durch Einspritzungen mit dem von ihm entdeckten Cancrocin von ihrer Krebskrankung angeblich vollständig geheilt worden ist. Bereits nach vierzehn Tagen der Behandlung wäre der Erfolg ein so evident gewesen, daß an der sicheren Heilwirkung seines Mittels nicht zu zweifeln sei; er hoffe und wünsche nur, daß die leidende Menschheit nicht eine ähnliche Enttäuschung erlebe, wie seiner Zeit mit dem Tuberkulin. Warum erinnert Professor Adamkewicz gerade an dieses ominöse Mittel? Wir sind gerade durch die Misserfolge mit dem Tuberkulin vorsichtiger und mißtrauischer geworden, und wir glauben, daß auch in diesem Falle unser Mißtrauen gerechtfertigt sein dürfte, wenn wir hören, daß Männer wie Geheimrath Billroth durchaus nicht an die unbedingte Wirksamkeit des neuen Krebsmittels glauben.

Im Hause Rosenthalerstr. 38 ist einer Lokal-Korrespondenz zufolge gestern Abend ein bedauerlicher Unglücksfall vorgekommen. Die Bediame Frau Sch. aus der Küdersdorferstraße wohnte in dem im Hause befindlichen Wirthshausaale einer Verammlung von Berufsgenossinnen bei und stürzte beim Verlassen des Saales in einen Fahrstuhl, wobei sie nicht unerhebliche innere Verletzungen erlitt.

Eine Reflexexplosion hat gestern Vormittag auf dem Fabrikgrundstück Schillingstr. 19 stattgefunden. In weitem Bogen flog plötzlich brennendes Feuerungsmaterial aus dem Kesselhaus heraus und verbreitete den Brand bis in den Keller des Nachbarhauses. Als man der Unglücksstätte sich näherte, fand man den Heizer tödtlich verletzt vor. Am Kopf hatte er zwei große Wunden und beide Unterschenkel waren zerschmettert. Unter den Händen des sofort herbeigeholten Arztes hauchte der Unglückliche seinen Geist aus. Dem Brande machte die Feuerwehr bald ein Ende.

Selbstmord im Eisenbahn-Koupee. Vorgestern Vormittag bestieg in Rüstria ein junger etwa 23jähriger Mann den Nachmittag gegen 2 Uhr in Berlin eintreffenden Zug Nr. 70 der Ostbahn und erklärte dem Schaffner der zweiten Wagenklasse, in welcher er Platz genommen, auf Bahnhof Friedrichstraße aussteigen zu wollen. Als der Train aus letztgenanntem Bahnhofe einlief, gewährte der Stationsvorsteher auf dem Trittbrett vor dem betreffenden Koupee Platztische und als daraufhin die Thür des letzteren geöffnet wurde, gewährte man den Passagier, welcher sich während der Fahrt in der Wagenabtheilung allein befunden, auf der Bank sitzend als Leiche. Die Brust des Todten war entblößt und ein rother kleiner Fleck zeigte die Schußwunde an, welche sich der Selbstmörder mittelst eines Revolvers, der am Fußboden in einer geronnenen Blutlache lag, beigebracht hatte. Bei dem Selbstmörder wurde nur ein goldener Ring, sowie eine goldene Uhr nebst Kette gefunden, während jegliche Legitimationspapiere fehlten; der Todte, der auf polizeilicher Anordnung nach der Morgue überführt wurde, ist 1,75 Meter groß, von schlanker Figur, hat blonden Schnurrbart und eben solche Kopfhare und war mit einem dunklen Anzug bekleidet. Nach ärztlichem Befund muß der Selbstmord mindestens eine Stunde vor Einlauf des Zuges in Berlin ausgeführt worden sein.

Zwei 14jährige Schüler ertranken, wie aus Spandau gemeldet wird, beim Schlittschuhlaufen auf dem Festungsgraben.

Polizeibericht. Am 8. d. Mts. Morgens fiel ein Bauanschläger auf dem Wasserthorplatz in Folge der Glätte zur Erde und erlitt eine so bedeutende Verletzung am Kopfe, daß er nach Anlegung eines Verbandes nach dem Krankenhaus Am Urban gebracht werden mußte. — Auf dem Bahnhofe Friedrichstraße wurde Nachmittags in einem Wagenabtheil II. Klasse des aus Bromberg eingetroffenen Zuges ein unbekannter, etwa 23jähriger Mann mit einer Schußwunde in der Brust, welche er sich mittelst Revolvers beigebracht hatte, todt aufgefunden. — Vor dem Hause Landsbergerstr. 118 fiel Abends ein Arbeiter in Folge der Glätte zur Erde und brach ein Bein. Er wurde nach dem Krankenhaus Am Friedrichshain gebracht.

Unter der Auflage, einer Anzahl gemeingefährlicher Betrüglerien verübt zu haben, wurde gestern der hiesigen Strafkammer des Landgerichts I. der Kaufmann Louis Wittkower aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte, der Besitzer eines Panoramaz in Bremen ist, will mit dem Plane umgehen, noch in einer Reihe anderer deutscher Städte Panoramen zu errichten. Im Mai vorigen Jahres tauchte er zu diesem Zwecke in Hamburg auf. Er mietete sich bei einer 72jährigen Dame, einem Fräulein Korth, ein Zimmer und als er oberflächlich mit derselben bekannt wurde, schloß er den aus seinem Unternehmen zu erwartenden Nutzen mit den glänzendsten Farben, wobei er durchblicken ließ, daß sich noch Leute mit Vermögen daran theilnehmen könnten. Fräulein K. wollte gern recht viel Geld verdienen und als der Angeklagte ihr für ein dreimonatliches Darlehen von 2000 Mark, einen Ruhen von 200 Mark verpachtete, erbot sie sich zur Vergabe dieser Summe. Wittkower nahm das Darlehen an und gab als Sicherheit einen Deposchein der Berliner Reichsbank über 3000 Mark. Dieser Schein erwies sich später als völlig werthlos, er lautete über Aktien eines in der Auflösung begriffenen sächsischen Eisenwerks, die schon lange nicht mehr an der Börse gehandelt wurden. Später gab Fräulein K. dem Angeklagten noch ein zweites Darlehen in Höhe von 500 M. Die letztere Summe ist juridisch bezahlt worden, und wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Meyer, im gestrigen Termine dem Gerichtshofe verriet, sollen die 2000 M. dem Fräulein K. von den wohlhabenden Verwandten des Angeklagten ersetzt werden. Die Zeugin K. bekundete in der Verhandlung, daß sie dem Angeklagten auch das Darlehen gegeben haben würde, wenn er nicht die angebliche „Sicherheit“ gewährt hätte. In den übrigen Betrüglerfällen soll der Angeklagte dadurch falsche Verpiegelungen gebraucht haben.

Gerichts-Beifung.

Unter der Auflage, einer Anzahl gemeingefährlicher Betrüglerien verübt zu haben, wurde gestern der hiesigen Strafkammer des Landgerichts I. der Kaufmann Louis Wittkower aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Der Angeklagte, der Besitzer eines Panoramaz in Bremen ist, will mit dem Plane umgehen, noch in einer Reihe anderer deutscher Städte Panoramen zu errichten. Im Mai vorigen Jahres tauchte er zu diesem Zwecke in Hamburg auf. Er mietete sich bei einer 72jährigen Dame, einem Fräulein Korth, ein Zimmer und als er oberflächlich mit derselben bekannt wurde, schloß er den aus seinem Unternehmen zu erwartenden Nutzen mit den glänzendsten Farben, wobei er durchblicken ließ, daß sich noch Leute mit Vermögen daran theilnehmen könnten. Fräulein K. wollte gern recht viel Geld verdienen und als der Angeklagte ihr für ein dreimonatliches Darlehen von 2000 Mark, einen Ruhen von 200 Mark verpachtete, erbot sie sich zur Vergabe dieser Summe. Wittkower nahm das Darlehen an und gab als Sicherheit einen Deposchein der Berliner Reichsbank über 3000 Mark. Dieser Schein erwies sich später als völlig werthlos, er lautete über Aktien eines in der Auflösung begriffenen sächsischen Eisenwerks, die schon lange nicht mehr an der Börse gehandelt wurden. Später gab Fräulein K. dem Angeklagten noch ein zweites Darlehen in Höhe von 500 M. Die letztere Summe ist juridisch bezahlt worden, und wie der Verteidiger, Rechtsanwalt Meyer, im gestrigen Termine dem Gerichtshofe verriet, sollen die 2000 M. dem Fräulein K. von den wohlhabenden Verwandten des Angeklagten ersetzt werden. Die Zeugin K. bekundete in der Verhandlung, daß sie dem Angeklagten auch das Darlehen gegeben haben würde, wenn er nicht die angebliche „Sicherheit“ gewährt hätte. In den übrigen Betrüglerfällen soll der Angeklagte dadurch falsche Verpiegelungen gebraucht haben.

# Versammlungen.

**Volkerversammlung auf Livoff.** Im Anschlusse an das bereits Mitgetheilte tragen wir noch das Folgende nach: Abg. Bebel gedachte Eingang seines zweistündigen Vortrages der großen Erregung, welche der neue Volksschul-Gesetzentwurf in den Kreisen der Abgeordneten zum preussischen Landtage, wie auch in weiten Kreisen des Volkes hervorgerufen und meinte, daß sich die Gegner gebärden, als stünden wir vor einem neuen Kulturkampfe, in dem die christliche Religion bedroht sei. Dem sei aber nicht so. Der Kampf der „Liberalen“ sei kein prinzipieller, sondern ein opportunistischer. Sie kämpften nicht für Entfernung der Religion aus der Schule, sondern stritten nur um die Frage, in welchem Maße die Religion in der Schule Platz finden solle. Der Gesetzentwurf solle der Regierung für die Zukunft nach Möglichkeit das Regieren erleichtern, konservative Anschauungen verbreiten helfen und natürlich den umfänglicheren Lehren der Sozialdemokratie einen Wall entgegensetzen. Eine derartige Benutzung der Religion zu Herrschaftszwecken ist schon sehr alt, wie der Vortragende in einem historischen Rückblicke bis auf Jesus' und Sokrates' Zeiten zeigte, gleichzeitig darlegend, daß die neuen Ideen doch schließlich immer den Sieg über die Gewaltmittel der Herrschenden davongetragen haben. Was also in längst vergangenen Jahrhunderten nicht möglich war, würde heute erst recht nicht gelingen können. Zu jenen Zeiten wurden von den geistlichen Kämpfern die breiten Volksmassen wenig oder gar nicht berührt. Heute sei das anders, denn jetzt liefere die Sozialdemokratie den Massen die vorentfaltete geistige Nahrung und diese werde begierig aufgenommen. Wollten die Reaktionskräfte Erfolg haben, so müßte die ganze ökonomische Entwicklung um Jahrhunderte zurückgeschraubt werden, und das sei unmöglich. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie sei daher ein Kampf gegen Windmühlen. Wenn wir dem Streite der liberalen und konservativen Partei läßt gegenüberstehen, so komme dies daher, weil die streitenden Parteien Interessen vertreten, die nicht die unserigen, ja denselben entgegengesetzt sind. Der Kampf beider Parteien sei ein Kampf um die Herrschaft. Wenn die Liberalen sich aber als Vertreter der Allgemeinheit, auch der Arbeiter, aufspielen, dann allerdings hätten wir Stellung zu dem gebotenen Schauspiel zu nehmen. Wie auch immer die Schule eingerichtet werden möge, sie könne doch den modernen sozialistischen Anschauungen keinen Wall entgegensetzen. Die bemosten Häupter der Partei seien in den reaktionärsten Schulen erzogen worden. Die heutige Jugend wachse nach Lage der Verhältnisse schon in die sozialistische Gedankenwelt hinein. Die Familie werde der Schule wirksam entgegenarbeiten, die herrschenden Klassen würden also das gerade Gegenteil von dem erzeugen, was sie beabsichtigten. Nebenher ging sodann im Speziellen auf den Schulgesetzentwurf ein, und trat der Ansicht entgegen, daß der Entwurf verfassungswidrig sei. Artikel 12 der Verfassung garantiere zwar Religionsfreiheit, Art. 24 aber besage, daß bei Errichtung von Volksschulen die konfessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen seien. Was „möglichst“ sei, darüber entscheide, wer die Macht habe, und dies sei die Regierung. Die Liberalen kämpften folglich Windmühlenschlüsse. Daß ein solcher Schulgesetzentwurf am Ende des 19. Jahrhunderts möglich sei, habe der Liberalismus selbst verschuldet, indem er sich immer mehr seiner alten fortschrittlichen Grundsätze entäußerte, immer mehr ins reaktionäre Lager überging und dadurch die den Massen allen Kredit verlor. Die Stellung der Sozialdemokratie zu dem Gesetzentwurf präzisirte Bebel in der gestern mitgetheilten, einstimmig zur Annahme gelangten Resolution. Die Versammlung sollte ihm begeistert stürmischen Beifall. Von der Diskussion wurde Abstand genommen. Eine beantragte Resolution, welche zum Austritte aus der Landeskirche aufforderte, wurde vom Antragsteller auf Verantwortung Bebel's zurückgezogen. Bebel erklärte sich nicht gegen den Inhalt der Resolution, im Gegentheil, wohl aber dagegen, daß man eine Resolution fasse, die von Abertausenden in Rücksicht auf obwaltende Verhältnisse nicht würde durchgeführt werden. Ihre Theilnahme an dem tragischen Gescheh der Frau Peus bekundeten die Genossen durch einmüthiges Erheben von den Plätzen. Mit tausenden Hochs auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung. Unter dem gemeinsamen Gesange der Arbeitermarfchallie verließen die Tausende den Saal, in welchem störendes Geräusch weiter fortsetzen konnte.

**Der sozialdemokratische Leseklub „Diegen“** hielt am letzten Sonntag eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen ab, in welcher Genosse Kehler über den Entwurf des Volksschul-Gesetzes referirte. Der Vortragende erntete großen Beifall. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Genossen. Es gelangte dann folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heutige Versammlung protestirt ganz entschieden gegen den Volksschul-Gesetzentwurf und erklärt es für Gewissenszwang, daß Kinder, deren Eltern aus der Landeskirche ausgetreten sind, zum Religionsunterricht gezwungen werden sollen.

Beim Verschiedenen las man folgende Resolution:  
 Ueber das Verfahren der Staatsanwaltschaft zu Magdeburg, welche den Genossen Peus nicht aus der Untersuchungshaft entließ, so daß ihm verwehrt war, an das Sterbedett seiner Frau zu eilen, spricht die heutige Versammlung ihre tiefste Entrüstung aus. Sie vermag solche Vorkommnisse durchaus nicht mit der von anderer staatsanwaltlicher Seite aus so auffallend verfochtenen Religion und Christenliebe in Einklang zu bringen.  
 Der Versammlung folgte ein gefelliges Beisammensein.

**Zu der letzten öffentlichen Versammlung der in der Blumen- und Bussfeder-Branche thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen** sprach Herr Dr. Pinn über das Thema: „Konventionelle Lügen“. An den Vortrag, der bei der ziemlich stark besuchten Versammlung großen Beifall fand, schloß sich eine längere Diskussion an, welcher sich Fräulein Labnitz und Frau Busch beteiligten. Daraus fragte Herr Stabernack an, ob es wahr sei, daß eine gewisse Firma die wöchentliche Lohnzahlung nur unter der Bedingung bewilligt habe, 15 pCt. vom Lohn abzuziehen. Da die Wichtigkeit dieses Gerichts nicht festzustellen war, so wurde der Vorstand beauftragt, die Angelegenheit zu untersuchen. Zum Schluß machte die Vortragende auf das am 12. März stattfindende Stiftungsfest des Vereins der in der Blumenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen aufmerksam.

**Der Kranken-Unterstützungsband der Schneider** nahm kürzlich folgende Abrechnung vom 4. Quartal entgegen. Einnahmen: Bestand vom vorigen Quartal 984,08 M., 386 Aufnahmen 9 zu 3 M. 27 M., 2647 Marken 1. Kl. 661,75 M., 15 608 Marken 2. Kl. 4680,90 M., 8261 Marken 3. Kl. 2691,35 M., 9 Strafen 4,50 M., Extra-Einnahme 13,65 M. Summa der Einnahmen 9540,18 M., Ausgaben 8776,95 M., Bestand 764,13 M. Lokaleinnahmen 692,19 M., Lokalausgaben 581,79 M., Bestand 10,40 M. Zu Vertrauensräten wurden gewählt: Dr. Heimann, Dr. Philipp, Dr. Ploetz, Dr. Jabel, Dr. Bornstein, Dr. Wlaschko, Dr. Kollwitz, Dr. Alexander und Dr. Weil. Der Markenvertrieb wurde dem Kollegen Koloff mit 5 pCt. Vergütung weiter bewilligt. Für die Zukunft wird bei jeder Quartals- resp. Jahresabrechnung etwaige Bezahlung für Arbeiten von der Versammlung selbst festgesetzt. Der Kassirer erhält 120 M. pro Monat. Am 6. März findet von Seiten des Kollegen Hadamczak eine Abend-Unterhaltung und am 28. Oktober das Stiftungsfest statt.

**Eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Kupferschmiede Berlins und Umgegend** fand am 30. Januar statt. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag des Genossen Kunkel erhaltete im Namen der Streiklosten-Kommission über deren Thätigkeit der Kollege Cassardelli Bericht. Danach sind seit dem 1. September 1891 außer einem

Das Durchschnittsalter kam auf 27 Jahre 9 Monate. Einen Altersrentner wird das Drechslergewerbe nicht leicht aufweisen, denn im Alter zwischen 61 und 70 Jahren standen nur zwei Personen = 0,1 pCt. Unter den Krankheiten überwiegen die der Athmungsorgane (29,5 pCt. der Krankheitsfälle und 44,4 pCt. der Zeiddauer); sie werden durch das Einathmen großer Staubmassen hervorgerufen, außerdem erweist sich das Arbeiten in eingegogener, geduckter Stellung und das feste Anlegen der Krone am die Brust als sehr ungünstig für die Entwicklung des Brustkastens und für die Thätigkeit der Athmungsorgane. Im Schlußwort wird für bessere Löhne, längere Arbeitszeit (kommt doch eine solche von 12 Stunden nicht selten vor), Beseitigung der Hausarbeit und Regelung der Arbeitsvermittlung durch Begründung eigener Arbeitsnachweis-Büreaus. Das 88 Seiten starke Schriftchen ist sehr orientirend und kostet 50 Pfg.

**Zum Verkauf wird eine Oberleder- Gerberei** (in Kupferhammer bei Brackweide, Westfalen) in der „Feuchtsen Gerberzeitung“ angeboten. Der Besitzer, Dr. Karl Müller, empfiehlt die Gerberei wegen ihrer vollkommenen Einrichtungen und noch aus einem weiteren Grunde, dessen Wichtigkeit Herr Dr. Müller durch Sperrdruck der betreffenden Worte andeutet: „Arbeitslöhne billig, Arbeiterverhältnisse günstig.“ Günstig sind die Arbeiterverhältnisse natürlich nicht für die Arbeiter, deren niedrige Löhne der Besitzer ja rühmend hervorhebt, sondern für die Unternehmer.

**Die Glasflaschenmacher in Yorkshire (England)** stehen in einem ernsthaften Konflikt mit den Unternehmern. Seit dem 1. Januar 1889 ist es den Arbeitern durch ihre gute Organisation gelungen, jedes Jahr eine Lohnerhöhung zu erhalten, sowie mancher Mißstände, die im Glasmachergewerbe bestanden, zu beseitigen. Voriges Jahr erhielten sie eine Lohnerhöhung von 3 M. die Woche, auch wurde ihnen bewilligt, wenn ein Fabrikant durch schlechten Geschäftsgang gezwungen sein sollte, einen oder mehrere Oefen liegen zu lassen, daß die betreffenden Arbeiter nicht entlassen werden, sondern sich mit den Arbeitern an den Oefen, welche im Betriebe bleiben, in die Arbeit theilen. Dieser Punkt war für die Arbeiter von größerer Tragweite als die 3 M. Lohnerhöhung, denn im Oktober läßt das Flaschengeschäft nach und diese stille Zeit hält bis Ausgang März oder Anfang April an, was die Entlassung von Arbeitern zur Folge hat, die dann auf die Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse angewiesen sind und 9 Mark die Woche erhalten. Um diese Arbeitslosigkeit zu mildern, wurde die Theilung der Arbeit als Hauptforderung in die Agitation geworfen. Den Fabrikanten war dies freilich unangenehm, denn sie haben gerne eine Reserve-Armee und glauben dadurch die ihnen so sehr erwünschte Gewerkschaft gelegentlich aus dem Wege schaffen zu können. Da aber die Arbeiter mit einem Streik drohten, so gingen sie auf eine Vereinbarung ein. Fabrikantenverein und Gewerkschaft schlossen einen Kontrakt ab, der vom 1. Januar 1891 bis zum 31. Dezember in Kraft blieb und auch von beiden Seiten eingehalten wurde. Ende Oktober v. J. erhielt Mr. Greenwood, Sekretär der Gewerkschaft von Mr. Raberry, dem Sekretär des Fabrikantenvereins einen Brief des Inhalts, daß die Fabrikanten geduldiht seien, am 1. Januar den Lohn um 3 M. wöchentlich zu erniedrigen. Als Hauptgrund wurde die ausländische und auch die einheimische Konkurrenz angeführt. Um dieser begegnen zu können, müsse auch noch die Arbeitszeit um eine Viertelstunde den Tag verlängert werden. Die Arbeiter entsetzten nun eine Agitation in der ganzen Gewerkschaft und sandten dem Fabrikanten-Verein folgende Antwort:

1. Die vereinigten Glasmacher von Yorkshire können in eine Lohnverfugung nicht einwilligen, da die jährlich steigende Produktion der Flaschen auf einen guten Geschäftsgang schließen läßt, und in einer Versammlung in Leeds, in der sämtliche Fabrikanten des Königreichs anwesend waren, beschlossen wurde, den jetzigen Preis der Flaschen für 1892 aufrecht zu erhalten.
2. Die ausländische Konkurrenz kann in dem behaupteten hohen Maße nicht anerkannt werden, weil in jedem Lande dieser Popsanz als Vorwand zur Lohnverfugung von Seiten der Fabrikanten gegen die Arbeiter ins Feld geführt wird, und eine Verlängerung der Arbeitszeit die Verhältnisse nur verschlechtern würde.

Drei darauf folgende Versammlungen, an welchen eine Deputation von 8 Arbeitern und sämtliche Fabrikanten theilnahmen, verliefen resultatlos, was eine Urabstimmung der Gewerkschaft über diese Angelegenheit nothwendig machte. Von 2000 Mitgliedern stimmte kein einziges für den Vorschlag der Fabrikanten; darauf erklärten letztere, daß vom 1. Januar Jeder thun würde, was er für sein Geschäft für nothwendig halte.

Nach dieser Erklärung war es sicher, daß es bei der ersten besten Gelegenheit zum Kampfe kommen würde. Diese Gelegenheit ließ nicht lange auf sich warten. Am 14. Januar kündigte die Firma Bressit u. Co. in Castleford ungefähr 60 Glasmachern wegen schlechten Geschäftsgangs und wollte um keinen Preis erlauben, daß die entlassenen Arbeiter abwechselnd mit den weiter Arbeitenden die Arbeit verrichteten. Auch wollte der Direktor sich nur in Unterhandlungen einlassen, wenn die Arbeiter in eine Lohnerniedrigung einwilligten. Der Gewerkschaftsvorstand verwies diese wichtige Sache an alle Branchen zur Erwägung und berief eine Delegirtenversammlung nach Normanton ein, die am 23. Januar stattfand und von 33 Delegirten besucht war. Nach einer sechsständigen, ernsthaften Debatte kam man zu dem Schluß, daß es ein Kampf gegen Windmühlen sein würde, wenn man gegen eine einzelne Firma Schritte thun wolle, hier müßten die Fabrikanten der ganzen Gewerkschaft zur Verantwortung gezogen werden, und es wurde einstimmig beschlossen: sämtliche Glasmacher der Bressit'schen Fabrik kündigen am 28. Januar und verlassen am 4. Februar die Arbeit. Sollte keine Einigung erzielt werden und Mr. Bressit seine Arbeiter nicht abwechseln lassen, so kündigen am 6. Februar die Glasmacher in ganz Yorkshire und stellen acht Tage später die Arbeit ein. Dieser Beschluß wurde sofort dem Sekretär Mr. Raberry zur Mittheilung an die Fabrikanten überandt. Infolge obigen Beschlusses haben nun 200 Glasmacher gekündigt und treten als Avantgarde in den Kampf. Dem Anscheine nach dürfte der Kampf ein heißer werden, denn dieser Anstoß kann als Zeichen zum Kampfe gegen die gesammte Glasarbeiterschaft Englands angesehen werden. Yorkshire ist der Hauptsitz der Flaschenindustrie, und alle Kämpfe, die in den letzten dreißig Jahren durchgeführt wurden, sind hier begonnen und beendet worden. Die Arbeiter sind entschlossen auszuhalten. Sie haben eine gefüllte Kasse und können daher den Dingen, die da kommen werden, ruhig entgegensehen. Streikbrecher haben sie nicht zu fürchten, denn seit 1876 haben einheimische Glasmacher nicht als solche gearbeitet, und zu Ausländern werden die Fabrikanten schwerlich die Zukunft nehmen, denn da sind ihnen noch die Unruhen in Lancashire und Dublin in Erinnerung. Dort führten 1886 zwei Fabrikanten eine Anzahl Schweden ein, welche die Plüge der Streiker besetzen sollten; sie wurden aber durch die öffentliche Meinung gezwungen, die Schweden wieder zu entlassen, was ihnen mehrere tausend Mark kostete. Alle Arbeiterorganisationen sind bereits von dem bevorstehenden Streik unterrichtet und es dürfte in der Geschichte der englischen Gewerkschaften wohl kein Streik zu finden sein, der so edlen Motiven entsprungen wäre wie dieser. Hier sehen wir das Schauspiel, daß die technisch geschickten Arbeiter für ihre weniger geschickten Kollegen in den Kampf treten, weil bei Arbeitsstörungen die letzteren immer zuerst entlassen werden: z. B. 1886 waren während 4 Wintermonate 40 pCt. außer Arbeit, und dieser Mißstand soll beseitigt werden durch die gerechte Theilung der Arbeit. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, ist dieser Streik mit Recht ein humaner Akt zu nennen.

Der Direktor der Berliner Panorama-Gesellschaft nannte und auch einen derartigen Stempel auf den Briefbogen führte. Der Rüdelsbändler Rathschad in Hamburg und der Redakteur eines Hamburger Blattes, bei denen der Angestellte Stühle entnahm, beziehungsweise Inserate bestellte, wozu er glaubt haben, daß der Angestellte Direktor der gutsituirten „Berliner Panorama-Gesellschaft auf Altkien“ sei und in Hamburg eine Filiale errichten solle. Der Angeschuldigte bestritt, daß er von dem Bestehen der letztgenannten Gesellschaft keine Ahnung gehabt. Seine Gesellschaft bestehe aus seinem Vater, Bruder und ihm selbst, und es müßte ihm unbenommen bleiben, sich als Direktor der Berliner Panoramagesellschaft auszugeben. Wenn das Panorama in Hamburg nicht vorzeitig geschlossen und er nicht in Hast genommen worden wäre, würden sämtliche Gläubiger ihr Geld bekommen haben. Auch der vierte Betrugsfall, der gegen den Geschäftsführer des Angestellten durch Abnahme einer Kautions begangen sein sollte, geriet in Nichts, da der Fenge bekundete, daß er seine Kautions rechtzeitig wiederbekommen habe und gar nicht geschädigt sei. Der Staatsanwalt beantragte Freisprechung in allen Fällen, mit Ausnahme des Falles Rathschad, der durch falsche Vorpiegelungen des Angestellten zur Kreditgewährung bewogen worden sei. Wegen dieses Falles beantragte er eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. — Der Vertheidiger führte aus, daß auch im Falle Rathschad ein Betrug nicht vorliege, er müsse sich wundern, daß der Angestellte auf so geringes Belästigungsmaterial hin in Untersuchungshaft behalten worden sei.

Der Gerichtshof sprach den Angestellten in allen Punkten frei und ließ denselben sofort aus seinen Fuß setzen.

**Ueberraschende Schwindeltalente** entwickelten die beiden Vettern Charles und Jsidor Cohnreich, welche gestern wegen schwerer und einfacher Urkundenfälschung und wiederholten Betruges vor den Schranken des Schwurgerichts am Landgericht I standen. Beide betrieben gemeinschaftlich Handelsgeschäfte, bei denen es wohl in erster Reihe auf Betrügereien gegen das Publikum abgesehen war, wenigstens haben sie nachgewiesener Maßen mehrfach den Scherz gemacht, ihren Kunden angeblich goldene Uhren anzubringen, die sich später als solche von Tombak erwiesen haben. Sie haben auch im vorigen Jahre eine längere Gefängnisstrafe in Plöthenfeld abgehafft, weil das Schwurgericht sie für schuldig befunden hatte, Fälschungen von Sparkassenbüchern vorgenommen zu haben. Sie hatten nämlich durch Einzahlung von je 1 M. sich in den Besitz von Sparkassenbüchern gebracht und dann die Zahlen in denselben durch Fälschungen hundertfach erhöht. Als sie verhaftet wurden, zeigten mehrere der ihnen vorgefundenen Sparkassenbücher über je zwei Mark an, daß sie auf diesem Gebiete noch weitere Pläne vorhätten. Trotzdem sie sich die Finger arg verbrannt hatten, fingen sie doch nach ihrer Entlassung aus dem Gefängniß sofort dieselben Betrügereien wieder an. Sie schickten einen Dienstmann nach der Sparkasse, welcher sich auf die Namen Israel und Julius Cohn zwei Sparkassenbücher über je 1 M. ausstellen ließ. Die Angeklagten beseitigten nun mit Hilfe von Chloroform die Zahlen sowohl, als die Namen in den Büchern, setzten weit höhere Zahlen und ihre eigenen Namen hinein und stellten sich auf diese Weise Sparkassenbücher in Höhe von 1900 M. her. Es gelang ihnen, einen Rentner Meßner damit hinein zu legen. Sie hatten mit demselben Unterredungen, bei welchen es sich um die Errichtung eines Theaters handelte und bei dieser Gelegenheit vermochten sie Frn. M. dazu zu bewegen, ihnen auf die über 1900 M. lautenden Bücher eine Summe von 1600 M. zu geben. Raum waren die Angeklagten im Besitze des erschwindelten Geldes, als sie sich auf eine Vergnügungstour begaben. Sie kauften sich allerlei Schmuckgegenstände und neue Kleidungsstücke ein und dampften nach Brandenburg a. O. ab, wo sie einen Freund aufsuchten und sich eine möglichst große Fidejussur bereiteten. Die Freude dauerte aber nicht lange, denn Herr M. erredete noch an demselben Tage bei genauerer Betrachtung der Sparkassenbücher die Fälschungen und schon am Tage darauf wurden die beiden Schwindler in Brandenburg aus allen ihren Himmeln gerissen. Bei ihrer Verhaftung wurden nur noch 665 M. bei ihnen vorgefunden. Neben diesem Hauptcoup hatten die Angeklagten noch einige andere Schwindelereien auf dem Gewissen. So hatten dieselben in zwei Fällen sich Darlehen dadurch erschwindelt, daß sie tombachene Uhren als angeblich goldene als Unterpfand gaben und ganz perfide ist der Betrag, den sie gegen ihre Wirthin, eine alte, einfache Frau verübten: Durch Hingabe eines gefälschten Wechsels über 250 M. veranlaßten sie dieselbe, ihnen längere Zeit Aufenthalt und Beköstigung zu gewähren. Jsidor Cohn, welcher in tadelloser weißer Kravatte auf der Anklagebank erschien und ebenso wie sein Vetter in vollem Umfange geständig war, versuchte es durch einige salbungsvolle Worte mildernde Umstände herauszudreheln. Es gelang ihm dies aber nicht; die Geschworenen verneinten die mildern Umstände und der Gerichtshof verurtheilte beide Angeklagte zu je drei Jahren Zuchthaus.

## Soziale Uebersicht.

**Eine Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Drechslergewerbe**, aufgenommen zwischen April 1890 und April 1891 und also die Arbeitsverhältnisse zu einem in dieser Frist liegenden Zeitpunkt feststellend, ist kürzlich von der genralen statistischen Kommission der Vereinigung der Drechsler und Berufsgenossen Deutschlands zu Halle a. d. S. im Verlage von Th. Leipzig, „Nachzeitung für Drechsler“, Hamburg, herausgegeben worden. Behandelt sind 83 Orte. Die Verichte stützen sich auf 2017 Einzelmittheilungen aus 694 Betrieben, von denen in 275 (das sind 39,8 pCt.) mit elementarer Betriebskraft gearbeitet wird. Von 694 Arbeitgebern sind 267 (oder 38,4 pCt.) Mitglieder von Zünften, Fabrikanten- oder anderen Unternehmerverbänden, 5 Mitglieder der Vereinigung der Drechsler. In diesen Betrieben wurden 2017 Arbeiter beschäftigt. Davon gehörten 1486 (oder 72,6 pCt.) der Vereinigung oder mit ihr auf demselben Boden stehenden Fachvereinen, 2 dem Christlich-Deutschen Gewerksverein und 1 einem katholischen Gesellenverein an. Sonntagarbeit ist in 10 Betrieben dauernd, d. h. das ganze Jahr hindurch, und in 186 Betrieben (= 19,6 pCt.) zeitweilig. Der wöchentliche Durchschnittslohn betrug in Jauer 12,95 M., in Breslau 13,16, in Eriegny 14,40, in Erfurt 14,55, in Rathenow 16, in Braunschweig 16,71, in Darmen 17,50, in Halle 17,61, in Ueberfeld 17,69, in Dresden 17,87, in Stuttgart 18,08, in München 18,10, in Kassel 18,24, in Hannover 18,80, in Chemnitz 19,30, in Köln 19,40, in Leipzig 20,68, in Berlin 21,20, in Hamburg, daß nächst Ziegel den höchsten Lohn zeigt, 22,02, und in Ziegel 30 M. Es ist auch ersucht worden, die Verdiensthöhe zu berechnen, welche nöthig ist, um den örtlichen Verhältnissen entsprechend anständig zu leben. Hinter diesem Betrag blieben die wirklichen Löhne zurück im Jahr: in Jauer um 170 M., in Eriegny um 610, in Breslau um 665 M. (wirkliches Durchschnittseinkommen 685 M., nöthig 1390), diese Ziffer bezieht sich jedoch immer auf Verheirathete), in Erfurt um 720 M. (Einkommen 780, nöthig 1500 M.), in Stuttgart um 840, in München um 459, in Hamburg um 465, in Berlin um 848 (Einkommen 1102, nöthig 1450 M.) u. s. w. Von Wiesbaden wird berichtet, daß ein Verheiratheter dort bei einer Familie von 4 Personen schon mit 600 M. Jahreseinkommen „anständig“ leben könne, während der wirkliche Lohn 950 M. betrage. Die Drechsler in Wiesbaden sind anscheinend sehr genügsam. Uebrigens würden sich die mitgetheilten Durchschnittsverdienste etwa niedriger gestalten, wenn zwei Faktoren berechnet wären: Selbstbeschaffung von Werkzeugen und Licht und zeitweilige Arbeitslosigkeit. 488 Arbeiter waren im Laufe des Jahres zusammen 2886 Wochen arbeitslos.





Parteinachrichten.

New-York, im Januar. Infolge der kürzlichen Vorgänge in Chicago — Ueberfall des Greiff'schen Versammlungsorts seitens der Polizei — ist der schon längst vermutete Umstand bestätigt worden, daß s. Z. die Kapitalisten Chicagos einen Fonds zusammengekauft haben, der in erster Linie dazu dienen soll, den Prozeß gegen Spies und Genossen zum gewöhnlichen Ausgang zu bringen und des Weiteren der Polizei für Ueberwachung der Anarchisten reichliche Mittel zu überweisen.

Auf die über diese Angelegenheit kursierenden Gerüchte hin machte sich ein Berichtshatter des — kapitalistischen — „Gerald“ daran, verschiedene Personen auszuheulen, von denen anzunehmen war, daß sie eingeweiht waren. Die Folge war ein langer Artikel im genannten Blatte, welcher die seitgedruckten Ueberschriften trug: „Lassen sich nicht mehr schröpfen. Geldleute schürzen die Börse zu. Den Polizisten in fünf Jahren 487,000 Dollars zur Ausrottung der Ratten gegeben. Der Zuschuß abgeknippt. Finanzielle Gründe der Episode in Greiff's Halle.“

In der Metropole steht es trotz Zurückziehung der Delegaten der sozialistischen Arbeiter-Partei aus der „Central Labor Federation“ nicht danach aus, als ob die dadurch erhoffte Harmonie so bald eintreten werde.

Gegenwärtig befindet sich hier ein Abgesandter der französischen Regierung, Paul Dechanel, welcher die hiesigen Arbeiterverhältnisse „studiren“ soll. Ein heilloses Stück Arbeit! Und es ist eins gegen hundert zu wette, daß der Mann so klug — oder dummer — nach Hause zurückkehren wird, wie er gekommen. Gehört doch ein jahrelanger Aufenthalt im Lande dazu, um nur das Wirkliche in der Arbeiterbewegung vom Schwimdbelassen unterscheiden zu können.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Redakteur Gustav Stengels aus Hamburg ist am 6. Februar aus der schleswig-holsteinischen Landeshofstadt entlassen worden, woselbst er sechs Monate lang wegen Freisprechung saß. Er rühmt die gute Behandlung, die ihm dort seitens der höheren wie niederen Beamten zu Theil geworden sei.

Große Fürsorge um die Gesundheit der Pinneberger Sozialdemokraten bewiesen der Amtsarzt und der Landrath. Der erstere verbot eine für Neulinge angemessene Volksversammlung, weil das Lokal nicht heizbar war, und der Landrath wies die Beschwerde hiergegen mit der Begründung ab, daß die nicht heizbare, mit einem Lehm- und Ziegelboden mit Holzdecken und Holzdecken versehen und mit Petroleum-Öl-Lampen erleuchtete Diele in keiner Weise denjenigen Anforderungen entspricht, welche nach der bestehenden Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten zu Schleswig vom 30. November 1889 an die zur Abhaltung öffentlicher Versammlungen bestimmten

Räume im Interesse der Sicherheit von Leib und Leben und der öffentlichen Ordnung gestellt werden sollen und müssen.“

Redakteur A. Haverkamp von der „Norddeutschen Volksstimme“ wurde vom Oestemünder Schöffengericht wegen Verleumdung des Bürgermeisters Zimmermeisters Herzog in Lehe zu 14 Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten verurtheilt. Da der genannte Genosse noch nicht vorbestraft war, so erscheint das in einer Privatklage ergangene Urtheil um so härter.

Der Kolporteur Reese in Neumünster, in dessen Besitz bei einer Hausdurchsuchung zwei Exemplare der Broschüre „Die Verpreßung Deutschlands durch die Hohenzollern“ gefunden worden waren, und den man deshalb der Majestätsbeleidigung angeklagt hatte, ist außer Verfolgung gesetzt worden, weil nichts darüber ermittelt worden sei, daß er diese Schriften verbreitet oder Anderen von ihrem Inhalt Kenntniß gegeben habe. Die Kosten des Verfahrens trägt die Staatskasse.

Lokales.

Zur Wohnungs-Philanthropie. Es ist ganz erstaunlich, was für Projekte in einer Großstadt ausgeflügelt werden. Seit die Behörden vor etwa zwei Jahren den Wunsch äußerten, der erschreckende Dimensionen annehmenden Wohnungsnoth zu steuern, ist es zur wahren Manie geworden, in Wohnungs-Vollbeglückung zu machen, und glaubt jeder Spekulant darin eine Quasi-Erntenerwartung von Oben zu erblicken, sich zum Wohltäter des vierten Standes aufzuspielen.

Unmöglich ist es, von all den schönen Projekten Notiz zu nehmen, welche das schöne Ziel, den Arbeitern Haus und Hof zu schaffen, verfolgen und selbstverständlich in Klassen- und Klassenhaft dieses Ziel nie erreichen können. Denn von den Welterbauern in der Lehrentstraße herab bis zu den winzigsten Hypothekensmaklern wird immerfort an dem Problem der Beseitigung der Wohnungsnoth gearbeitet. Selbstverständlich sind sie alle uneigennützig, die guten Bestrebungen, den Menschen ein menschenwürdiges Heim zu schaffen, und wir hatten bitter Unrecht, seiner Zeit von einer wild entfesselten Spekulation zu sprechen, welche sich des Gebietes der Beseitigung des Wohnungsleids wie eines guten Ausbeutungsobjektes bemächtigte.

Wenn wir aber auch im Allgemeinen es längst ausgegeben haben, von all den Projekten Notiz zu nehmen, welche duzendweise unter der Schutzmarke der Volksbeglückung ans Tageslicht treten, da wir der Ansicht sind, daß diese Spekulation wie jede solche Ausbreitung von selber zusammenbrechen muß, so machen wir heute doch eine Ausnahme und tauchen die Sonde der Kritik in die Tiefen eines der bekanntesten dieser menschenfreundlichen Unternehmen, das als eine gewisse Art Typus gelten kann für die ganze Thätigkeit der gemeinnützigen Bau-Unternehmer. Es ist dies die Gesellschaft „Eigenhaus.“ Gleichwie ihre Reklamen am lärmendsten und aufdringlichsten, so sind auch ihre Leistungen am klafflichsten von all den Unternehmen, die sich bisher noch hervorgethan.

Die Vaugesellschaft beabsichtigt, oder besser gesagt, baut bereits „Einfamilien-Häuser“, wie sie ein solches Musterhaus vis-a-vis dem Reichstags-Gebäude zur Ansicht des p. t. verehrlichen Publikums hergerichtet hat, in Wieddorf, einer an der Ostbahn gelegenen Station unweit Müncheberg.

Die Größen erhalten die Einfamilien-Häuser, je nach Bedarf, nach dem Motto: „Der Vieles bringt, wird Jedem etwas bringen.“ Sehen wir uns z. B. das billigste dieser Häuser an, so scheint die Sache aus den ersten Blick thatsächlich grandios zu sein. Das ganze Haus nämlich kostet laut Prospekt nur 2800 M. inklusive Hof und Garten, und geht schon in den Besitz des Erwerbers über, wenn der dritte Theil des Kaufpreises, das hieße eigentlich 933 1/3 Mark, gezahlt ist, denn klar und deutlich steht im Prospekt zu lesen: Haus A. Kaufpreis 2800 Mark, Miete einschließlich Amortisation 210 Mark.

Der danach glaubt, es sei nur nöthig 2800 Mark auf einem Brett aufzubringen, damit ihm die Gesellschaft „Eigenhaus“ ein eigenes Grundstück errichte, der giebt sich einem fatalen Irrthum hin, und ebenso, wer annimmt, das Haus gehöre schon nach Zahlung von 933 1/3 Mark dem Erwerber.

Der Prospekt ist ein Muster von unklarer, auf Gimpelfang abgesehener Fassung des Wortlautes, und sollte als solcher patentirt werden.

Mit demselben Rechte, als nämlich gedruckt steht: „Der Kaufpreis beträgt 2800 Mark“ könnte auch stehen: „Der Kaufpreis beträgt 50 Mark, denn es ist einfach nicht wahr, daß der Kaufpreis 2800 Mark beträgt.“ Betrüge er nur diese Summe, dann müßte das Haus bei jährlicher Zahlung von 210 Mark in 13 Jahren und 4 Monaten bezahlt sein. Aber, darin liegt ja gerade der Witz, daß der Glaube bei dem naiven Leser erweckt werden soll, die Dinge ständen solcher Art, während in Wahrheit der Erwerber 19 Jahre hindurch 210 M. zu zahlen hat, abgesehen von der in jedem Fall verlangten Anzahlung von 280 M. und — — — abzüglich 1000 M. erstfälliger Hypothek, die auch dann noch immer auf dem Hause lasten, und für welche weitere 9 Jahre hindurch 210 M. zu zahlen sind. Das heißt nämlich, die Gesellschaft „Eigenhaus“ läßt sich für 1000 Mark Hypothek 9 x 210 = 1890 M. zahlen. Im gewöhnlichen Leben nennt man dies Verfahren „Halbschneiderei“.

Anstatt zu sagen: Das Haus „A“ kostet: 1. Anzahlung . . . . . 280 M. 2. 29 Jahre hindurch 210 M. . . . . 5580

Zusammen 6160 M. und zwar: 154 M. Miete 28 Jahre hindurch, 56 M. Amortisation 28 Jahre hindurch und 280 M. Anzahlung, sagt sie irreführend: „es koste 2800 M.“

Würde sie das Nichtigste unverkennbar erklären, dann allerdings würde Jeder das sein erflügelte Projekt als das erkennen, was es ist, nämlich den Gipfel der Ausbeutung unter dem Deckmantel des Wohlthuns. Denn welcher denkende Mensch wohl würde für die beschränkten unzulänglichen drei Mannlichkeiten eines solchen Kasernenbaus ein Menschenalter hindurch folgende Miete zahlen:

- 1. 4 pCt. Zinsen auf 280 M. Anzahlung M. 11,20
2. Miete . . . . . 154,—
3. Amortisation . . . . . 56,—
4. eine Arbeiter-Wohnkarte von Berlin nach Wieddorf . . . . . 55,—
5. Reparaturen 1/3 pCt. der Feuerkasse, zu 4000 M. gerechnet . . . . . 20,—
6. Abgaben und Steuern . . . . . 50,—

Selbst zugunede, daß ein solches Haus Raum genug biete für eine Arbeiterfamilie von 5 Köpfen, was vielfach angezweifelt wird, so wird man doch im Grunde nicht glauben, daß ein Arbeiter im Stande sei, 846,20 M. für Miete anzugeben, bloß um der Annehmlichkeit wegen, 28 Jahre in Wieddorf zu wohnen.

Die Unklarheit des Prospektes aber soll das Lockmittel sein, Dumme einzufangen, da der Prospekt eben die Anschauung bei dem Lesenden erweckt, man könne für 2800 M. ein Haus kaufen, das schon mit 933 1/3 M. Besitzthum des Respektanten wird. Aber die Unklarheit geht noch weiter.

Auch der § 3, lautend: „Das Eigenthum geht auf den Erwerber über, wenn der dritte Theil des Kaufpreises entrichtet ist“, wird glatt aufgehoben durch den § 4, lautend: „Die Verfügung über das Grundstück unterliegt im gemeinnützigen Interesse gewissen grundbuchmäßig einzutragenden „Beschränkungen“, welche von der Gesellschaft festgesetzt werden.“ In der „Beschränkung“ zeigt sich der Meister, denn dieser Passus kann das Besitztum illusorisch, null und nichtig machen.

Wie man sieht, ein wahrer Mattentänzer von Unklarheiten, die sämtlich zur Irreführung des geehrten Publikums herhalten müssen. Denn ohne diese Verschleierung der wahren Absichten der Gesellschaft ginge ihr wahrlich Keiner ins Garn.

Wahrscheinlich hat auch dies Projekt, wie so viele seinesgleichen, den Hauptzweck, einigen Spekulanten Gelegenheit zu geben, sich unbehagliches Terrain, das sonst nicht an den Mann zu bringen ist, abzuwälzen und die vielen Nebenwecke, welche stets Begleiterscheinungen aufdringlicher Volks-Philanthropen sind.

Da dies Projekt des „Eigenhaus“ gerade ein löstlicher Typus des neueren Wirtschaftslebens ist, nahmen wir von ihm so ausführlich Notiz — zur Warnung!

Die Zunahme des Gasverbrauches in Berlin, welche sich bisher trotz der Ausdehnung des elektrischen Lichts stetig zu steigern pflegte, beginnt jetzt sich zu vermindern. Bei den städtischen Gasanstalten ist für die Befriedigung des Bedarfs der Privatabnehmer im Betriebsjahre 1890/91 nur ein Mehrverbrauch von etwas mehr als 2 1/2 Millionen Kubikmeter, gegen nahezu 5 Millionen Kubikmeter im Vorjahre eingetreten. Diese geringe Zunahme des Gasverbrauches findet, wie aus dem Berichte des Verwaltungsdirektors der städtischen Erleuchtungsanlagen Cuno an den Magistrat hervorgeht, ihren Grund zunächst in der Verminderung der Geschäftsthätigkeit, welche bereits in der letzten Hälfte des Jahres 1889/90 begonnen hatte und welche während des Jahres 1890/91 in fast allen Zweigen der Gewerthätigkeit an Ausdehnung zunahm, dann aber auch in der Ausdehnung des elektrischen Lichtes. Im Jahre 1890/91 ist in den vier alten Stadttheilen, welche den Stadesamts-Bezirk I. bilden (Berlin, Alt-Rahm, Friedrichswerder und Dorotheensstadt), der Gasverbrauch gegen das Vorjahr und zwar im Ganzen um 7,39 pCt. zurückgegangen, was wohl allein in der erweiterten Anwendung des elektrischen Lichtes seine Begründung findet, indem mehr als ein Drittel sämtlicher elektrischer Lampen, welche von den Berliner Elektrizitätswerken versorgt werden, sich in diesen Stadttheilen befinden. Insbesondere ist die empfindliche Einwirkung des elektrischen Lichtes auf den Gasverbrauch in demjenigen Stadttheile, welchen die englische Gasanstalt mit Gas versorgt, bemerkbar, denn nach den Angaben dieser Gesellschaft sind aus den Gasanstalten derselben innerhalb des Reichthums der Stadt Berlin im Jahre 1891 für Privatwecke 31 985 010 Kubikmeter Gas abgegeben worden, während im Vorjahre der Gasverbrauch für den gleichen Zweck auf 32 657 532 Kubikmeter angegeben war. Es würde daher bei dieser Anstalt der Gasverbrauch im Jahre 1891 gegen das Vorjahr um 734 542 Kubikmeter oder um 2,25 pCt. sich vermindert haben. Diese Abnahme wird hauptsächlich der Verbreitung des elektrischen Lichtes zuzuschreiben sein, indem das Hauptabgabegebiet der Gesellschaft in dem inneren Theile der Stadt liegt, in welchem die Berliner Elektrizitätswerke ihre Thätigkeit in immer größerem Maße entfalten. In der öffentlichen Beleuchtung mittelst Elektrizität in Berlin ist im Betriebsjahre 1890/91 eine Verminderung nicht eingetreten. Unter Hinzurechnung der für die öffentliche Beleuchtung bestimmten Lampen würden ultimo März 1891 von den jetzt vorhandenen Zentralanlagen der Berliner Elektrizitätswerke versorgt: 2916 Bogenlampen, 67 457 Glühlampen, 54 Apparate, 35 Motoren in 801 Einrichtungen. An Einzelanlagen zur Erzeugung des elektrischen Lichtes waren ferner vorhanden und zwar: fünf Dampfmaschinen betrieben 170, durch Gasmotoren betrieben 88, zusammen 258, von welchen versorgt wurden: 3257 Bogenlampen, 40 801 Glühlampen. Die Gesamtzahl der vorhandenen Lampen beträgt daher: Bogenlampen 6208, Glühlampen 108 258, außerdem Apparate und Motoren 89. Die Gesamtzahl der elektrischen Beleuchtungsrichtungen betrug Ende März v. J. 1054. Berechnet man jede Bogenlampe mit Rücksicht auf die verschiedene Helligkeit derselben gleich 6 Glühlampen, von 16 Kerzen Lichtstärke und jede Glühlampe, sowie jeden Apparat und Motor gleich einer Gasflamme, so stellt sich die Zahl dieser von den Berliner Elektrizitätswerken versorgten Lampen gleich 85 042 und die Zahl aller durch eigene elektrische Anlagen versorgten Lampen gleich 145 565 Gasflammen. Im Laufe des Jahres 1890/91 haben die elektrischen Lampen zusammen eine Vermehrung erfahren um 85 118 Flammen oder um 31,79 pCt., während im Vorjahre die Vermehrung nur 29,12 pCt. betragen hatte.

Der Geh. Medizinalrath Dr. Wasserfuhr, der seiner Zeit als medizinischer Sachverständiger in das Magistrats-Kollegium gewählt worden war, nahm im Magistrats-Kollegium durch seine überraschenden Ansichten in Angelegenheiten der Trichinenschau eine Sonderstellung ein. Jetzt, nachdem er aus dem Magistrats-Kollegium durch Nichtwiederwahl ausgeschieden ist, veröffentlicht Hr. Dr. Wasserfuhr in der „Hygien. Rundsch.“ einen Artikel über die Kosten der Trichinenschau in Berlin, der seine Stellung in der Trichinenschaufrage zu erkennen giebt. Der Schluss dieses Artikels lautet: „Es ist wohl hinlänglich festgestellt, daß die Trichinose der Menschen eine nur oder fast nur in Mittel- und Norddeutschland, sowie in einzelnen Bezirken von Süddeutschland vorkommende Krankheit ist, gegen die jeder verständige Mensch sich leicht schützen kann, wenn er es vermeidet, rohes oder halb-rohes Schweinefleisch, zumal, wenn es gedacht verkauft wird, sowie Schinken, Würst, Speck und dergleichen Schweinefleischwaaren in schlecht geräucherter oder ungeräucherter Zustände zu genießen. Wenigstens ist noch kein einziger Fall bekannt geworden, in welchem Jemand an Trichinose erkrankt wäre, welcher trichinose, aber gut gekochtes oder gut geräuchertes Schweinefleisch genossen hatte. Die Trichinenschau kommt daher nur denjenigen Personen zu Gute, welche eine leicht zu befolgende Vorsicht nicht beobachten und von jener Ansicht nicht lassen können. Die Kosten, welche sehr bedeutend sind und für Berlin beinahe eine halbe Million Mark betragen, müssen von den verständigen Leuten mitgetragen werden. Die Trichinenschau erfüllt aber bekanntlich ihren Zweck sehr ungenügend, denn die Mehrzahl der Erkrankungen an Trichinose wird durch den Genuß von rohem oder halb-rohem Schweinefleisch herbeigeführt, welches bei der amtlichen mikroskopischen Untersuchung vor dem Genuße für trichinosefrei erklärt worden war. Demgegenüber erscheint es der Erwägung werth, ob es sich lohnt, obligatorisch eine Einrichtung beizubehalten, deren schließliches Ergebnis nur darin besteht, daß sie eine bedauerliche, gesundheitschädliche Unsitte befördert, ohne den Personen, welche derselben halbdigen, den zu begehrenden Schutz vor den Folgen zu gewähren, und daß sie zu

den bedeutenden Kosten dieses fragwürdigen Schutzes unbilliger Weise auch diejenigen Personen heranzieht, welche desselben nicht bedürfen, weil sie kein rohes oder halb-rohes Schweinefleisch genießen."

**Umgestaltung des Nachwachswesens in Berlin.** Der neue Gesetzentwurf über die Polizeikontrollen in den Städten mit königlicher Polizeiverwaltung steht vom 1. April 1898 ab die Aufhebung des Nachwachswesens in seiner bisherigen Gestalt vor. An Stelle der bisherigen Nachwachser soll eine Verstärkung der Schutzmännerschaft eintreten. Es wird in den Motiven gefordert über den unzureichenden Zustand des kommunalen Nachwachswesens, welcher in der ungenügenden Besoldung — in Berlin erhält der Nachwachser eine Besoldung von 600 Mark jährlich — und der meist mangelhaften persönlichen Qualifikation der mit der Wahrnehmung des nachrichtlichen Sicherheitsdienstes beauftragten Personen seinen Grund hat. An Stelle der Nachwachser würde für Berlin die Neuanstellung von 20 Polizeioffizieren, 51 Schutzmännern, 200 Schutzmännern notwendig sein.

Nur ein kleiner Teil der jetzigen Nachwachser, welche meistens Handwerker oder kleine Gewerbetreibende sind, werde derartig qualifiziert sein, daß nach erwirkter Anstellungsberechtigung die Uebernahme derselben in die Schutzmännerschaft erfolgen kann. Den übrigen Beamten würde seitens der preussischen Verwaltung der Dienst zu kündigen sein. Möglicherweise sei aber die letztere, ebenso wie die Stadtverwaltung in der Lage, die Nachwachserbeamten, welche sich nicht für die Schutzmännerschaft eignen, wenigstens zum Teil in anderen Stellen des städtischen Dienstes zu verwenden.

**Die Sittlichkeit unserer „besseren“ Stände** wird sehr gut illustriert durch die Tugend-Annoncen, in welchen Damen der „besseren“ Stände diskreter Aufenthalt zu Entbindungen angeboten wird. Wenn die jungen Mädchen der „besseren“ Stände sich nur zu Ammen eignen möchten, könnten sämtliche Spreewalderrinnen ihre Unschuld bis zur Ehe bewahren.

**Die Kroll'sche Mordsache in Weiskensee** scheint nun doch langsam ihrer Aufklärung entgegen zu gehen. Auf Anordnung des Untersuchungsrichters, Landgerichtsraths Friedberg, hielt gestern der Gerichtschreiber Dr. Wein in der Kroll'schen Wohnung zu Weiskensee, Wilhelmstr. 5, einen Vokaltermin ab, bei dem sehr belastendes Material zu Tage gefördert wurde. Die Wohnung des beschuldigten Ehepaares liegt zu ebener Erde und besteht aus Zimmer und Küche; beide Räume waren mit Schmutz und Unrat über und über bedeckt. Der Termin, dem außer Herrn Dr. Wein einer seiner Assistenten, ferner ein vom Amtsvoortrager zur Protokollführung abgeordneter Sekretär sowie 2 Gendarmen beiwohnten, begann um zehn Uhr. Die Durchsuchung sollte sich auf die Wohnung und den Hof, auf dem Hofe befindlichen Kommodiantenwagen erstrecken, der in der Mitte abgeheilt ist. Man fand, wie es heißt, einige sehr wichtige Ueberführungsstücke. Hierzu sollen verdächtige Kleider des Mannes und der Frau gehören. Diese Gegenstände, an denen sich mikroskopisch bereits Wahrnehmungen machen ließen, wurden sofort durch den Gendarm zu genauer Untersuchung nach dem Laboratorium des Gerichtschreibers Dr. Wein „beführt“. Ferner wurden in dem Wagen und in der Wohnung verdächtige Stellen entdeckt, die auf Blutspuren hindeuten schienen. Man nimmt an, daß das Kind nach seiner Ermordung einige Zeit in dem Kommodiantenwagen gelegen hat. Es wurde nach einem Zimmermeister geschickt, der die bezeichneten Stellen ausmessen sollte, damit sie dann genau auf Blutspuren geprüft werden könnten. Da der Zimmermeister jedoch nicht erschien und die Zeit für derartige Untersuchungen schon zu weit vorgeschritten war, so mußte der Vokaltermin abgebrochen und auf einen späteren Tag verlegt werden.

## Veranstaltungen.

**Die Arbeiter-Bildungsschule** hielt am 4. Februar eine Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Bogtherr, machte, bevor in die eigentliche Tagesordnung eingetreten wurde, folgende Mitteilungen. Die Kombination der 1. Nord- und der Westschule mit der 2. Nordschule habe sich, soweit dies bis jetzt zu übersehen, sehr bewährt. Das kürzlich stattgehabte 1. Stiftungsfest sei auch in finanzieller Beziehung derartig erfolgreich gewesen, daß man hoffnungsvoll in die Zukunft blicken könne. Materiell sei die Bildungsschule jetzt so gestellt, daß sie im Stande war, mit Ausnahme eines Darlehens von 1000 M. und eines solchen von 700 M. alle sonstigen pekuniären Verpflichtungen zu erfüllen. Zu jener Klassen für die letzten Generalversammlung, welche eine baldige Strandung des Schiffes „Bildungsschule“ befürchtete, liege also gar keine Veranlassung vor, allerdings müsse auf die Anspannung aller Kräfte gerechnet werden. Hierzu wurden einige, von den dazu nötigen 50 Mitgliedern beauftragte und von Vorstand und Schulkommission vorbereitete Statutenänderungen vorgenommen. Die neue Fassung der in Betracht kommenden Paragraphen ist:

§ 4. Der monatliche Beitrag beträgt mindestens 25 Pf. Das Schulgeld wird extra erhoben und die Höhe desselben durch Generalversammlungs-Beschluß festgesetzt. Für Einschreiben und Mitgliedsbuch sind 10 Pf. zu entrichten.

§ 5. Absatz 2. Wählbar ist jedes Mitglied, jedoch darf dasselbe nur ein Amt bekleiden. Wählbar in den Vorstand sind diejenigen Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben.

§ 6. Die Verwaltung des Vereins haben zu besorgen: a) der Vorstand; b) die Schulkommission; c) die Generalversammlung.

§ 8, Absatz 2. Als Kassenrevisoren fungieren 4 Mitglieder. Am Beginn jedes Vierteljahres werden zwei neue Revisoren mit halbjähriger Amtsdauer gewählt, während die beiden zuerst gewählten aus dem Amte ausscheiden. Absatz 3. Die Teilnehmer jedes einzelnen Lehrjahres in jeder Schule wählen im ersten Monat eines jeden Semesters einen Schüler oder eine Schülerin. Die Gewählten jeder einzelnen Schule bilden eine Kommission, die sich wiederum aus ihrer Mitte einen Obmann wählt. Die Obmänner sind mindestens monatlich einmal, die ganze Kommission mindestens am Schlusse eines jeden Quartals zu den Vorstandssitzungen hinzuzuziehen. Absatz 4. Die Lehrer oder einzelne Kategorien derselben, sowie die Schulkommission sind außerdem nach Bedürfnis zu gemeinsamen Sitzungen mit dem Vorstande einzuberufen und haben in letzterem alle Teilnehmer gleiches Stimmrecht.

§ 10. Dem Absatz 1 ist hinzugefügt: Das Schulgeld ist bis spätestens Mitte jedes laufenden Monats zu entrichten, kann aber ebenso wie der Beitrag auf Antrag gestundet werden.

Zu „Bescheidenerem“ stellte Herr Bogtherr die Frage an die Versammelten, wie sie sich einer Verlegung der Ost- und der Süd-schule gegenüber verhalten. Nach längerer Debatte hierüber wurde beschlossen, die Wahl der Räume für diese beiden Schulen der Schulkommission und dem Vorstande zu überlassen. Auf eine Frage aus der Versammlung, dahingehend, wie es mit der Antwort auf die am 1. Dezember v. J. an den Magistrat gerichtete Petition um Ueberlassung städtischer Schulräume für Zwecke der Bildungsschule stehe, antwortete Herr Bogtherr, daß noch keine Antwort erfolgt sei und er, um eine solche zu beschleunigen, ein weiteres Schreiben an den Magistrat gesandt habe. Nach Erledigung einiger Anregungen gingen die Versammelten mit einem Hoch auf das fernere Gedeihen der Bildungsschule auseinander.

**Die öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen** vom 7. d. M. nahm zunächst die Vorlage der Kommission zur Einführung der Arbeiter-Schutzmarke für die

Tabakindustrie entgegen. Referent über diesen Punkt war Herr Stahl. Derselbe legte Namens der Kommission folgende Resolution vor:

„Die heute in Wyhows Brauerei tagende öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins erklärt sich im Prinzip mit der Einführung einer Kontroll-Schutzmarke für die gesamte Tabakindustrie einverstanden. Die Kontroll-Schutzmarke soll als Kampfmittel den Streik nach Möglichkeit ersetzen und begünstigen:

1. Die Organisation der Tabakarbeiter zu stärken, dieselbe kampffähiger zu machen.
2. Erreichung höherer Arbeitslöhne und längerer Arbeitszeit.
3. Einrichtung besserer Arbeitsräume nach den Grundrissen einer vernünftigen Fabrikhygiene, wie überhaupt Verbesserung der Arbeitsverhältnisse im Allgemeinen.

Um nun die Kontroll-Schutzmarke zu einem wirklichen Schutzmittel für die Arbeiter zu gestalten und die Erreichung eben ausgesprochener Ziele zu ermöglichen, muß die Vergabe derselben an die Interessenten an folgende Bedingungen geknüpft werden:

1. Der Fabrikant, dem die Kontroll-Schutzmarke erteilt werden soll, darf nur Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, welche der Organisation der Tabakarbeiter angehören und zwar Mitglied des jetzt bestehenden Unterstühungs-Vereins der Tabakarbeiter Deutschlands sind.
2. Derselbe muß die von den örtlichen Kommissionen festgesetzten und von den Tabakarbeitern in öffentlicher Versammlung sanktionierten Arbeitslöhne zahlen.
3. Die Fabrikräume müssen den bekannten bundesrechtlichen Bestimmungen mindestens entsprechen.
4. Derselbe darf keine Hausarbeit ausgeben. An Tabakarbeiter, die des Abends nach Feierabend für sich fabrizieren, darf die Kontroll-Schutzmarke nicht abgegeben werden; jedoch kann hier wie bei der Hausarbeit ein Uebergangsstadium zugestanden werden.

Kleine Fabrikanten, welche keine Arbeiter beschäftigen, erhalten nur dann Kontroll-Schutzmarken, wenn sie bei der Einführung derselben schon Mitglied der Organisation waren.

An obenbezeichnete kleine Fabrikanten, welche erst nach Einführung der Kontroll-Schutzmarke Mitglied der Organisation werden, darf dieselbe nur nach noch zu bestimmenden höheren Leistungen für die Organisation verabfolgt werden und zwar erhalten solche Fabrikanten, die keine Arbeiter beschäftigen, nur für so viel Waare die Kontroll-Schutzmarke, als von einem Durchschnittsarbeiter hergestellt werden kann. Für den Mehrbedarf sind Arbeiter einzustellen, und wenn dieses geschehen, dann erst darf eine größere Anzahl Kontroll-Schutzmarken abgegeben werden.

Die Vergabe der Kontroll-Schutzmarke erfolgt unentgeltlich. Der Verlust der Kontroll-Schutzmarke wird versagt und muß unbedingt eintreten bei denen, die

1. In anderen als bei ihnen hergestellten Waaren die Schutzmarke benutzen;
2. Wer dieselben an andere Fabrikanten oder Händler abgibt;
3. Wer den festgesetzten Bedingungen entgegenhandelt oder dieselben zu umgehen sucht; wer überhaupt irgend welchen nachweislichen Mißbrauch mit der Kontroll-Schutzmarke treibt.

Die Entziehung der Kontroll-Schutzmarke kann — je nach dem Vergehen — auf die Dauer oder auf eine bestimmte Zeit versagt werden.

Diese Resolution ist dem Vorstande des Unterstühungsvereins der Tabakarbeiter Deutschlands mit dem Bemerken zu übermitteln, die Tabakarbeiter zur Stellungnahme zu derselben aufzufordern und die Einführung der Kontroll-Schutzmarke für ganz Deutschland in den Kreis seiner Beratungen zu ziehen und dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß diese Resolution der nächsten Generalversammlung des Vereins zur Beratung und Entscheidung vorgelegt wird.

Diese Resolution zeitigte eine ausgedehnte Debatte, in welcher auch zum Teil gegenteilige Ansichten zum Ausdruck gebracht wurden, während andererseits Redner ihre volle Uebereinstimmung mit der Resolution bekundeten. Von den Gegnern der Resolution versprach man sich theils von einer Genossenschaft größerer Erfolge als von der Kontroll-Schutzmarke, theils wurde gegen dieselbe eingewendet, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse diese nicht genügend konsumtionsfähig mache, um den Erfolg der Kontroll-Schutzmarke zu sichern; auch wurde der Schwindel, welcher mit dieser Marke vorwuschlich getrieben werden würde, als Einwand gegen dieselbe ins Feld geführt; weiter die Verabfolgung der Marke auch an Nichtangehörige der Organisation und an sogenannte „Abend-Fabrikanten“ gewünscht u. dergl. m. Die schließliche Abstimmung ergab die Annahme der vorstehenden Resolution gegen 51 Stimmen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf den am 14. März in Halberstadt stattfindenden Gewerkschafts-Kongress. Referent über diesen Punkt war Herr Dehand. Derselbe erläuterte den Zweck und die Bedeutung des Kongresses und stand auf dem Boden des Organisationsentwurfs der Generalkommission. Gewissermaßen als Korreferent fungierte Herr Hermann, indem dieser auf einem entgegengelegten Standpunkte stand und diesen in längerem Vortrage begründete. Infolge dessen fand ein außerordentlich lebhafter Meinungsaustrausch zwischen beiden Richtungen statt. Die Bescheidung des Kongresses ist bereits von einer Vorversammlung beschlossen worden. Zum Delegierten wurde gewählt Herr Dehand. Für denselben haben sich weitere 9 Städte erklärt. Die Mittel sollen durch Listen aufgebracht werden und sind solche zu haben bei Herrn Derols, dem Vorsitzenden der Wahlprüfungs-Kommission für den fünften Wahlbezirk, sowie in den Kassenkassen. Für Herrn Dehand wurden 105 Stimmen abgegeben. Ein Gegenkandidat war nicht aufgestellt. Herr Stahl nahm, nachdem ihn die Kommission vollständig rehabilitiert hatte, sein niedergelegtes Amt in der Kommission wieder auf. Die Versammlung sprach ihm ihr besonderes Vertrauen aus. Zum Schlusse wurde noch eine Angelegenheit von allgemeinem Interesse zur Sprache gebracht. Den Besuchern von Arbeiterversammlungen wird es schon aufgefallen sein, daß unter der Vorgabe, gemapregelt worden zu sein, jemand Zigarren eigener Fabrikation an die Genossen zu verschleichen bemüht ist. Es ist dies, wie bekannt gemacht wurde, der Zigarrenarbeiter Schukter, welcher weder gemapregelt noch auch Mitglied der Organisation ist, sich aber nunmehr schleunigt zur Organisation gemeldet hat.

**Eine Versammlung der Freien Vereinigung der Graveure und Ziseleure** überwiegen den Ueberblick vom letzten Stiftungsfest im Betrage von 137,11 M. zu gleichen Theilen der Vereinskasse, dem Unterstühungs-Fonds und der Agitations-Kommission und verstärkte das Vergütungs-Komitee auf fünf Mitglieder, wovon zwei dem Vorstand angehören müssen. Gewählt wurden aus der Versammlung die Kollegen Wolf, Wisznack und Alt. Auf Antrag des Kollegen Uebach soll wegen eines interessanten Vortrages (Herr Max Contz wird über „Naturheilkunde“ sprechen), hat der nächsten Vereinsversammlung eine öffentliche Versammlung mit Frauen abgehalten werden. Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Welchen Einfluß hat das Maschinenwesen auf unser Gewerbe?“ entspann sich eine sehr lehrreiche Diskussion, deren Ergebnis sich in folgende Sätze zusammenfassen läßt: Die Maschine hat auch im Gravirgewerbe eine früher nichtgeahnte vielseitige Verwendung gefunden. Wenn ein die Handarbeit direkt schädigender Einfluß des Maschinenwesens bisher noch nicht deutlich hervortrat, so geht trotzdem die Tendenz der sehr zahlreichen diesbezüglichen Versuche dahin, die Handarbeit auch auf diesem Gebiete möglichst entbehrlich zu machen oder sie in den Dienst der Maschine und damit des Großkapitals zu stellen. Daß diese Erscheinung über kurz oder lang ebensowenig ausbleiben dürfte, wie in anderen zweifelhaft unangenehm gehaltenen Hausindustrien, scheint in vielen Fällen schon jetzt sicher. Nur eine straffe

Organisation ist im Stande, der heutigen proletarisirenden Wirkung des Maschinenwesens entgegenzutreten. Der nächste Punkt der Tagesordnung: „Wie steht es in unserem Gewerbe mit der 10 stündigen Arbeitszeit“, mußte wegen vorgerückter Zeit zurückgestellt werden. Nachdem Kollege Jock noch auf die am 9. Februar stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht und die sämmtlichen Abonnenten des „Nachgehens“ ersucht hatte, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen, schloß die Versammlung.

**Eine öffentliche Hand Schuhmacher-Versammlung**, welche am 31. Januar tagte, hatte den Zweck, durch einen Vortrag des Kassiers Millarg von der Streit-Kontrollkommission die Anwesenden über Zweck und Nutzen dieser Kommission zu unterrichten. Herr Millarg entledigte sich seiner Aufgabe zu allgemeiner Befriedigung und der Zuhörerschaft würdig gewesen. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beschloß einstimmig, sich der Streit-Kontrollkommission anzuschließen und sich in derselben durch einen zu wählenden Delegierten vertreten zu lassen. Zum Delegierten wurde einstimmig H. Sternkopf gewählt. Unter Verschiedenem berichtete Kollege C. Leib aus Friedrichshagen über den dortigen Streik der Hand Schuhmacher und Dresser gegen die amerikanische Firma H. Hoop. Redner legte die schon so vielfach beschriebene und besprochenen jetzigen Verhältnisse dieser Fabrik klar, und erörterte insbesondere, daß nicht allein die Vorkürzungen, sondern auch die Einführung der Theilarbeit der Faktor sei, welcher für die Streikenden und überhaupt für die ganze Branche den Ruin bedeute, weshalb es für die Gehilfen zur Unmöglichkeit gehöre, unter diesen Verhältnissen dort wieder einzutreten. Zugegeben müsse ja werden, daß die jetzige, noch nie so nachtheilig dagewesene Geschäftslage ein ziemliches Theil dazu beitrage, der Firma Arbeitskräfte zu liefern, was aber für letztere mit der Gewährung hoher Vorkäufe (bis 200 M.) verbunden gewesen sei. Die bisher bewiesene Standhaftigkeit der Gehilfen ließe jedoch erhoffen, daß trotz der eingetretenen Schwierigkeiten der Sieg dennoch errungen werden würde.

**Deutscher Tischlerverband, Zahlstelle Berlin.** Di Generalversammlung, welche am 3. Februar stattfand, hörte zu vorderst einen Vortrag des Bev. Kollege Heß über den Gewerkschaftskongress. In einer lebhaften Diskussion, welche in der Hauptsache auf Grund der von der Generalkommission herausgegebenen Broschüre (die Organisationsfrage) geführt wurde, traten die Kollegen Mertens, Glöck, König, Schlächter, Schmitz und Andere den Ausführungen des Referenten bei. Da die Versammlung leider schwach besucht war, erhielt der Kandidat der Zahlstelle nur 81 Stimmen, 8 waren gesplittet, 2 unguiltig. Dieses Resultat wird dem Zentralvorstande eingekandt, welcher die Stimmen aller 27 Zahlstellen unseres (S.) Wahlbezirks zusammenzustellen hat. Kollege Heß versprach, falls er gewählt wird, auch für Zulassung von Delegierten von Sozialorganisationen, welche natürlich in öffentlichen Versammlungen zu wählen sein würden, eintreten zu wollen. Den in letzter Versammlung gestellten Antrag Wiedemann beantwortete der Zentralvorstand verneinend, weshalb beim Ausschub in Hamburg Beschwerde geführt wird. Demnächst soll eine Wanderversammlung im Osten und eine solche im Süd-Westen stattfinden. Näheres durch Inserat im „Vorwärts“. Das Beitragssammelmessen-Verzeichnis ist jeden Sonnabend im Vereinskalender dieser Zeitung enthalten und werden die Kollegen ersucht, selbiges auszuscheiden und aufzubewahren, sowie rege für den Verband zu agitieren. Mitglieder von Lokalvereinen, welche sich bis zum 20. Februar d. J. dem Verband anschließen, treten sofort in die vollen Rechte ein, d. h. ohne Aufnahmegebühr, und sind der sonst üblichen Kassenzeit nicht unterworfen.

**Im Verein der Sattler- und Fachgenossen** hielt am 3. Februar Genosse Lütgenau einen interessanten Vortrag über „Natürliche und soziale Religion“. Dem sehr beifällig aufgenommenen Referat folgte eine äußerst lebhaft diskussion, an welcher sich die Kollegen Hausner, Kihmann und Bombin beteiligten. Die nächste Versammlung findet Mittwoch, den 17. Februar, im Klubhaus, Annenstr. 16, statt.

**In einer von circa 500 Personen besuchten Volksversammlung in Rixdorf** sprach am Sonntag Abend Dr. Lütgenau über den Volksschul-Gesetzentwurf und schlug am Schlusse folgende Resolution vor:

„Der Volksschul-Gesetzentwurf des preussischen Ministeriums macht ein System von Glandensätzen, die großentheils mit der heutigen Wissenschaft im Widerspruch stehen, zu einem wesentlichen Bestandteil der Volksschulbildung und ordnet ihm die Entwicklung des Verstandes und die Erwerbung nützlicher Kenntnisse nach mehr unter, als es bisher schon der Fall ist. Er unterdrückt die Simultanschule und fördert die konfessionelle Trennung zum Unsegen des Volks und im Interesse der geistlichen Herrschaft. Er greift auf Schwere in die Rechte der nicht gläubigen Eltern ein und vernichtet für sie die Gewissensfreiheit. Er macht es dem Lehrer unmöglich, seine wissenschaftliche Ueberzeugung frei weiterzugeben und setzt ihn zu einem bloßen Werkzeug des Geistlichen herab. Von dem allein richtigen Wege der Schulreform, die Religion aus der Schule auszuschneiden, die Volksschulbildung zu verbessern, die allgemeine Volksschule zur organischen Grundlage der höheren Schulen und ihren Besuch zur Pflicht für alle Schulkinder bis zu einem bestimmten Alter zu machen, entfernt sich der Entwurf so weit als überhaupt möglich. Der vom Ministerpräsidenten eingesandene Hauptzweck des Entwurfs ist die Unterdrückung des Sozialismus, der die Menschheit von geistigen und ökonomischen Druck befreien will. Sämmtliche im Landtage vertretenen Parteien wirken in der Volksschulfrage dem Interesse der Arbeiterklasse entgegen. Auch die freisinnige Partei erklärt sich für konfessionelle Schulen; zwischen ihr und den konservativen Parteien besteht daher in dieser Frage nur ein Unterschied des Grades, nicht des Wesens. Die freisinnige Partei hat keinen Protest gegen die Benutzung der Religion als Werkzeug der herrschenden Klassen im Klassenkampf, wie diese Partei auch dort, wo sie an der Herrschaft ist, z. B. in der Gemeinde Berlin, das Kirchenthum eifrig unterstützt, selbst ohne dazu eine Rechtsverpflichtung zu haben. Eine wirklich freisinnige Partei möchte selbstverständlich sogar bestehende Rechtsverpflichtungen solcher Art abzuschütteln suchen, die mit dem Denken der Bevölkerungsmehrheit nicht mehr im Einklang stehen.“

Hieran verurtheilen wir den neuen Volksschul-Gesetzentwurf aufs schärfste, wenden und indess nicht an den Landtag, als die Vertretung der gegnerischen Klassen, mit der Bitte um seine Ablehnung, weil wir den Landtag überhaupt für unfähig halten, im Schulwesen zu reformieren. Wir ziehen selbst einem verworrenen Kompromiß zwischen Religion und Wissenschaft die scharfe Fispung der Gegensätze vor und nehmen den Kampf gleichmüthig, pflichtbewußt und in der Gewißheit auf, daß dem Sozialismus der Sieg gehört, der durch die Verschärfung der Gegensätze nur beschleunigt wird. Wir legen endlich allen sozialistischen Arbeitern und Arbeiterfrauen die Pflicht ans Herz, den möglichen nachtheiligen Wirkungen des verabschiedeten Unterrichts auf Verstand und soziales Denken ihrer Kinder durch bessere Belehrung mit allen Kräften entgegenzuarbeiten.“

Nach kurzer Debatte fand diese Resolution gegen eine Stimme Annahme. Sie soll dem Landtage eingekandt werden. Zu dieser Versammlung waren acht Gendarmen aufgeboden.